

# 6. Österreichischer Familienbericht 2009–2019

Neue Perspektiven – Familien als  
Fundament für ein lebenswertes Österreich



# **6. Österreichischer Familienbericht 2009–2019**

Neue Perspektiven –  
Familien als Fundament für  
ein lebenswertes Österreich

Wien, 2021

## **Impressum**

Medieninhaber, Verleger und Herausgeber:

Bundeskanzleramt / Frauen, Familie, Jugend und Integration (BKA/FFJI)

Untere Donaustraße 13–15, 1020 Wien

Projektleitung: BKA/FFJI, Abteilung VI/9, Familienpolitische Grundsatzabteilung

Wissenschaftliche Koordination: Österreichisches Institut für Familienforschung (ÖIF)

an der Universität Wien (Mag. Norbert Neuwirth)

Lektorat: Ernst Böck

Gestaltung: BKA Design & Grafik

Druck: Gugler GmbH

ISBN 978-3-200-07298-5

Die Kurzfassung des 6. Österreichischen Familienberichts mit dem Titel „6. Österreichischer Familienbericht 2009–2019 – Auf einen Blick“ wurde auf Grundlage der einzelnen Beiträge des vorliegenden Berichts erstellt.

Wien, 2021

Copyright und Haftung:

Auszugsweiser Abdruck ist nur mit Quellenangabe gestattet, alle sonstigen Rechte sind ohne schriftliche Zustimmung des Medieninhabers unzulässig.

Es wird darauf verwiesen, dass alle Angaben in dieser Publikation trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung des Bundeskanzleramtes/Frauen, Familie, Jugend, Integration (BKA/FFJI) sowie der Autorinnen und Autoren ausgeschlossen ist.

Der Inhalt dieses Berichts gibt die Meinungen der Autorinnen und Autoren wieder, welche die alleinige Verantwortung dafür tragen. Dies gilt auch für Rechtsausführungen, welche der Rechtsprechung der unabhängigen Gerichte damit keinesfalls vorgreifen können.

## Vorwort

Die Veröffentlichung des 6. Österreichischen Familienberichts fällt in eine besondere Zeit. Die Corona-Pandemie zeigt einmal mehr, dass Familien Eckpfeiler der Gesellschaft sind, die Halt geben, Schutz und Zuversicht bieten und einander in schwierigen Lebenslagen helfen. Familien als Orte der Liebe und Geborgenheit verdienen in jeder Konstellation Unterstützung und benötigen daher die bestmöglichen Rahmenbedingungen. Dafür setzt sich die österreichische Familienpolitik konsequent ein, wie der vorliegende 6. Österreichische Familienbericht zeigt. Österreich hat die im internationalen Vergleich bereits sehr umfangreichen finanziellen Unterstützungen für Familien weiterentwickelt und ausgebaut.

Für erfolgreiche Familienpolitik sind nicht nur Werte wie Kindeswohl und Partnerschaftlichkeit von großer Bedeutung, sondern es braucht auch eine fundierte wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema Familie. Der 6. Österreichische Familienbericht leistet dafür mit seinen evidenzbasierten Beiträgen wichtige Grundlagenarbeit und fördert mit seinen realitätsnahen Befunden eine gesellschaftspolitische Auseinandersetzung mit familienpolitisch relevanten Fragestellungen. Der Bericht umfasst die Jahre 2009 bis 2019, zieht Bilanz über die Entwicklung familienpolitischer Maßnahmen und bietet aufschlussreiche Einblicke in die Familien.

Die bestmögliche Unterstützung für Familien steht seit jeher im Fokus. Rund zehn Prozent des Bundesbudgets kommen Familien zugute. Allein im Jahr 2019 wurden mehr als 7 Milliarden Euro an Familienleistungen aus dem Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) ausbezahlt, davon rund 3,5 Milliarden Euro für Familienbeihilfe und rund 1,2 Milliarden Euro für Kinderbetreuungsgeld. Rund 1,1 Millionen Anspruchsberechtigte beziehen für rund 1,8 Millionen Kinder die Familienbeihilfe.

Diese familien- und kinderbezogenen Leistungen mit ihrer hohen Treffgenauigkeit leisten einen wesentlichen Beitrag bei der Bekämpfung von Familien- und Kinderarmut in Österreich. Das wird auch vom Familienbericht bestätigt: Im Vergleich liegt Österreich hinsichtlich Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung deutlich unter dem EU-Schnitt und es konnte in den letzten Jahren ein Rückgang der Armutsgefährdung festgestellt werden.

Ein Meilenstein der vergangenen Dekade war sicher die stufenweise Erhöhung der Familienbeihilfe, für die zwischen 2014 und 2018 rund 830 Millionen Euro aus Mitteln des FLAF bereitgestellt wurden. Auch der Familienbonus Plus ist eine weitere große Entlastung für Familien: Nach Schätzungen des Bundesministeriums für Finanzen kommt der Familienbonus 950.000 Familien mit rund 1,6 Millionen Kindern zugute, wobei die Steuerlast pro Kind um bis zu 1.500 Euro im Jahr sinkt.



MMag. Dr. Susanne Raab

Die Weiterentwicklung des 2002 eingeführten Kinderbetreuungsgeldes zu einem Kinderbetreuungsgeldkonto erhöht seit 2017 die Flexibilität für junge Eltern und erleichtert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Um die Bindung zwischen Neugeborenen und ihren Vätern zu stärken, wurde 2017 der Familienzeitbonus eingeführt. Der ebenfalls neu geschaffene Partnerschaftsbonus ist ein finanzieller Anreiz für einen gleichzeitigen Bezug des Kinderbetreuungsgeldes durch beide Eltern, der zugleich den beruflichen Wiedereinstieg von Frauen vereinfachen soll.

Ein besonderer Schwerpunkt der Familienpolitik im Berichtszeitraum war der Ausbau der Kinderbetreuung, in den zwischen 2008 und 2018 insgesamt 442,5 Millionen Euro an Bundesmitteln geflossen sind. Seit Beginn der Ausbauoffensive hat sich die Zahl der betreuten unter 3-Jährigen mehr als verdoppelt. Bei den 3- bis 6-Jährigen wurde das Barcelona-Ziel, das eine Betreuungsquote von 90% definiert, bereits übertroffen.

Eine wichtige Maßnahme zur Stärkung der Kinderrechte war die Verankerung von Kindergrundrechten in der Bundesverfassung im Jahr 2011. Damit die Bedürfnisse von Kindern bei Trennungen und Scheidungen besser berücksichtigt werden, wurden im Berichtszeitraum die verpflichtende Beratung vor einvernehmlicher Scheidung und die Mediation als unterstützende Methode zur Konfliktlösung eingeführt.

Um Familien in herausfordernden Situationen zu begleiten, wurden Unterstützungsangebote des Familienressorts, wie etwa die Elternbildung oder die Familienberatung, in den vergangenen Jahren aktuellen Erfordernissen angepasst und teilweise erweitert. Sonderförderungen ermöglichen nunmehr Familienberatung auch in barrierefreien Einrichtungen.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist nach wie vor ein zentrales Anliegen der Gesellschaft und damit auch der Familienpolitik. Partnerschaftlichkeit und Gleichberechtigung standen im Fokus der Vereinbarkeitspolitik der letzten Dekade. Zertifizierungsverfahren, Handbücher, Studien und Öffentlichkeitsarbeit haben die politischen Maßnahmen flankiert und die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit verbessert.

Die wohl wichtigste Botschaft aus der aktuellen Forschung stimmt mich zuversichtlich: Die Bedeutung von Familie als wichtigster Lebensbereich nimmt für Jugendliche und junge Erwachsene weiter zu. Junge Menschen sehen neben den vielen positiven Seiten von Familie jedoch auch, dass Elternschaft mit Blick auf die finanziellen Notwendigkeiten und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf hohe Anforderungen stellt. Das ist ein klarer Auftrag an die Familienpolitik, Maßnahmen zur Anerkennung von Familienleistungen und zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf konsequent fortzusetzen. Das ist aber auch ein Auftrag an die ganze Gesellschaft sowie die Wirtschafts- und Arbeitswelt. Denn unsere Familien haben die Zukunft, die wir ihnen gemeinsam geben.

Ich danke allen beteiligten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftern für ihren Einsatz im Interesse unserer Familien und wünsche mit dem vorliegenden 6. Österreichischen Familienbericht eine interessante, zukunftsweisende Lektüre.

A handwritten signature in blue ink, reading "Susanne Raab". The signature is fluid and cursive, with the first name "Susanne" written in a larger, more prominent script than the last name "Raab".

MMag. Dr. Susanne Raab  
Bundesministerin für Frauen, Familie, Jugend und Integration

## Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort</b> .....	<b>3</b>
<b>I Einleitungsteil</b> .....	<b>9</b>
1 Grundsätzliche Betrachtungen: Was kann, was soll Familienpolitik?.....	11
2 Demografische Entwicklung und derzeitiger Stand der Familienformen.....	65
<b>II Familie aus der Lebenslaufperspektive</b> .....	<b>145</b>
3 Familiäre Sozialisation und institutionalisierte Bildung.....	147
4 Erwachsen werden und erste Partnerschaften.....	199
5 Kinder: Wunsch und Wirklichkeit.....	243
6 Der Generationenzusammenhalt.....	281
<b>III Normen, Rollenwandel und Vereinbarkeit</b> .....	<b>315</b>
7 Geschlechtsspezifische Rollen im Wandel.....	317
8 Das Spannungsfeld Arbeit und Familie.....	355
9 Arbeitsrechtliche Aspekte aus Familiensicht.....	407
<b>IV Herausforderungen für Familien</b> .....	<b>449</b>
10 Familiengerechte Wohn- und Lebenswelten .....	451
11 Familien und Medien .....	493
12 Familienleben mit beeinträchtigten, behinderten oder pflegebedürftigen Familienmitgliedern.....	533
13 Armutsgefährdung und soziale Ausgrenzung von Familien in Österreich.....	575
14 Gewalt in der Familie.....	621
15 Trennung, Scheidung und Auflösung von Partnerschaften.....	661
16 Migration und Integration.....	719

<b>V Familienpolitische Maßnahmen</b> .....	<b>775</b>
17 Familie und Recht.....	777
18 Familienpolitik in Europa.....	829
19 Verteilungswirkungen familienpolitischer Leistungen in Österreich.....	869
20 Kinderbildung und -betreuung.....	939
21 Familienpolitik für Österreich.....	991
22 Familienpolitische Maßnahmen der Länder.....	1045
23 Familienpolitik aus verhaltensökonomischer Sicht.....	1085
<b>Verzeichnis der Autorinnen und Autoren</b> .....	<b>1128</b>

**Appendix (Verweis auf den Online-Tabellenband)**

Fast alle Berichtsteile beinhalten zum besseren Verständnis und zur Veranschaulichung von Inhalten Tabellen sowie Grafiken. Aus Kapazitätsgründen wurde die Anzahl der im Text dargestellten Tabellen und Grafiken begrenzt. Wenn es zu einzelnen Berichtsteilen Tabellen und Grafiken gibt, die nicht im Text dargestellt sind, können diese unter [www.bundeskanzleramt.gv.at](http://www.bundeskanzleramt.gv.at) (6. Österreichischer Familienbericht) nachgelesen werden.

Wir danken allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Österreichischen Instituts für Familienforschung (ÖIF) sowie den weiteren wissenschaftlichen Begutachterinnen und Begutachtern für ihre wertvollen Hinweise an die Autorinnen und Autoren.



# 23 Familienpolitik aus verhaltens- ökonomischer Sicht

Martin Kocher  
Manuel Schwaninger  
Florian Spitzer



## Inhaltsverzeichnis

<b>1 Einleitung</b> .....	<b>1089</b>
<b>2 Ausgewählte familienpolitische Themen und Anwendungsmöglichkeiten der Verhaltensökonomie</b> .....	<b>1091</b>
2.1 Männer und Frauen im Spannungsfeld von Familie und Beruf.....	1091
2.1.1 Vereinbarkeit von Familie und Beruf und Väterbeteiligung.....	1092
2.1.2 Erhöhung der Inanspruchnahme des Pensionssplittings.....	1095
2.2 Risikofaktoren von Jugendlichen und Maßnahmen zur Prävention.....	1097
2.2.1 Suchtmittelkonsum.....	1097
2.2.2 Ernährung.....	1100
2.3 Migration, Integration und die Rolle der Familie.....	1101
2.3.1 Spracherwerb.....	1102
2.3.2 Zugang zu staatlichen Leistungen und Bildung.....	1103
2.3.3 Staatsbürgerschaft.....	1105
2.4 Frühkindliche Bildung und die Rolle der Eltern.....	1106
<b>3 Verhaltensökonomische Initiativen in der österreichischen Familienpolitik bisher</b> .....	<b>1110</b>
3.1 Projektgruppe Verhaltensökonomie im Bundesministerium.....	1111
3.2 Netzwerk „Unternehmen für Familien“.....	1113
3.3 Forschungsprojekte und wissenschaftliche Publikationen.....	1114
3.4 Ausblick.....	1115
<b>4 Kritische Reflexion</b> .....	<b>1116</b>
4.1 Wirksamkeit verhaltensökonomischer Maßnahmen.....	1116
4.2 Ethische Betrachtung des verhaltensökonomischen Ansatzes.....	1118
<b>5 Zusammenfassung</b> .....	<b>1120</b>
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	<b>1122</b>

## Autoren\*



© Carl Anders Nilsson/IHS

### **Martin Kocher**

IHS – Institut für Höhere Studien und Institut für Volkswirtschaftslehre, Universität Wien

Univ.-Prof. Dr. Martin Kocher war zum Zeitpunkt der Berichterstellung wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Höhere Studien, Leiter des Kompetenzzentrums für Verhaltensökonomie „Insight Austria“ am IHS und Professor an der Universität Wien. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Verhaltens- und Experimentalökonomie sowie öffentliche Finanzen.



© Andreas Öller/Univ. Wien

### **Manuel Schwaninger**

Institut für Wirtschaftssoziologie, Universität Wien

Mag. Manuel Schwaninger ist Ökonom mit Schwerpunkten in der experimentellen Verhaltensökonomie und experimentellen Politikwissenschaft. Der Hauptfokus seiner Arbeit liegt in der Analyse sozialer Präferenzen und Gerechtigkeitsnormen in Mehrheitsentscheidungen.



© Fotostudio Gerhard Fally

### **Florian Spitzer**

Kompetenzzentrum „Insight Austria“, IHS – Institut für Höhere Studien

Florian Spitzer, PhD ist Verhaltensökonom mit Schwerpunkt in der experimentellen Wirtschaftsforschung. Der Hauptfokus seiner Arbeit liegt in der Anwendung verhaltenswissenschaftlicher Erkenntnisse in der Praxis, insbesondere im Bereich der Gesundheits- und Familienpolitik.

\* Die Autoren bedanken sich bei Kira Abstiens und Quentin Vitali für ausgezeichnete Forschungsassistenz sowie bei Marina Hahn, Regina Hartweg-Weiss und Sophie Karmasin für die Unterstützung bei der Recherche zu den bisherigen verhaltensökonomischen Initiativen in der österreichischen Familienpolitik.

# 1 Einleitung

Familienpolitik setzt an den Entscheidungen von Familienmitgliedern an. Diese Entscheidungen reichen von der Grundsatzentscheidung, eine Familie zu gründen, bis zu den Ausbildungsentscheidungen der Kinder. In der Standardökonomie geht man traditionell davon aus, dass Menschen rationale und egoistische Entscheidungen treffen – also in der Lage sind, aus verschiedenen vorhandenen Alternativen die für sie beste Variante auszuwählen – unabhängig von der Komplexität oder der Darstellung des Entscheidungsproblems. In den letzten vier Jahrzehnten hat die verhaltensökonomische Forschung jedoch überzeugend darlegen können, dass menschliches Verhalten diesen Annahmen in der Realität oft nicht entspricht und dass Abweichungen von den Vorhersagen systematisch sind. Die Gründe dafür sind vielfältig: so lassen sich Menschen z.B. naturgemäß von Emotionen leiten, unterliegen Wahrnehmungsverzerrungen oder wenden Heuristiken an, die ihnen zwar in vielen Situationen die Entscheidungsfindung abkürzen, in manchen Fällen aber zu schweren Entscheidungsfehlern führen können (Tversky und Kahneman 1974).

Die Anwendung verhaltensökonomischer Erkenntnisse auf die Gestaltung und Bewertung familienpolitischer Maßnahmen findet derzeit verstärkt Eingang in die internationale verhaltensökonomische Forschung. Ziel dieses Beitrags ist es, den aktuellen Stand der akademischen und angewandten Forschung darzulegen und praxisorientierte Anwendungsfelder der Verhaltensökonomie für die österreichische Familienpolitik aufzuzeigen. Zum einen hat die Berücksichtigung verhaltenswissenschaftlicher Erkenntnisse das große Potenzial, die Erklärung und Vorhersage von Reaktionen auf politische Maßnahmen zu verbessern. Zum anderen können Erkenntnisse der Verhaltensökonomie aktiv in die Gestaltung von Politikmaßnahmen miteinbezogen werden, um Maßnahmen zu implementieren, die möglichst effizient (optimales Kosten-Nutzen-Verhältnis) und effektiv (optimaler Wirkungsgrad) sind.

Ein Vorteil verhaltensökonomischer Maßnahmen gegenüber Verboten oder Strafen ist der Erhalt der individuellen Wahlfreiheit. Eine Anpassung der Entscheidungsarchitektur, wie bspw. die automatische Anmeldung von Beschäftigten zu einer privaten Pensionsvorsorge im Rahmen einer Widerspruchslösung, führt dazu, dass mehr Menschen privat vorsorgen als bei der klassischen Zustimmungslösung (Madrian und Shea 2001). Die Eleganz dieses Ansatzes besteht darin, dass grundsätzlich weiterhin alle Möglichkeiten offenstehen – im Durchschnitt aber dennoch ein besseres Ergebnis erreicht wird (Benartzi et al. 2017). Traditionelle Ansätze der Verhaltenssteuerung durch Anreizsetzung (z.B. finanzielle Unterstützungen oder Subventionen), die auch im Bereich der Familienpolitik häufig eingesetzt werden, werden ergänzt durch eine zielgenauere Gestaltung von Anreizsystemen mittels verhaltensökonomischen Wissens. Eng im Zusammenhang mit der Verhaltensökonomie steht zudem die experimentelle Methode, die mithilfe von Feldexperimenten – auch randomisiert-kontrollierte Studien (Burtless 1995, Harrison und List

2004) genannt – die systematische Evaluation von Maßnahmen erlaubt und kausale Wirkungsketten verstehen hilft (Cody et al. 2015). Die Anwendung verhaltensökonomischer Erkenntnisse kann somit eine wertvolle Ergänzung zu traditionellen Politikinstrumenten darstellen, mit großem Potenzial für die österreichische Familienpolitik.

Der vorliegende Beitrag gliedert sich wie folgt: In Kapitel 2 werden zunächst die aktuelle, internationale Literatur und die Anwendbarkeit verhaltensökonomischer Konzepte und Instrumente auf ausgewählte familien- und jugendpolitische Themen diskutiert. Dabei wird für jedes Themenfeld zunächst eine relevante Frage- oder Problemstellung aus dem jeweiligen Bereich aufgeworfen und dann aus verhaltensökonomischer Perspektive beleuchtet. Eingegangen wird insbesondere auf mögliche Verzerrungen und Heuristiken in der individuellen Entscheidungsfindung sowie die Bedeutung sozialer Normen. Daran anschließend werden bereits implementierte, internationale Anwendungsbeispiele diskutiert und konkrete Maßnahmenvorschläge für die österreichische Familien- und Jugendpolitik formuliert. Die Themenfelder spiegeln Bereiche der vorausgehenden Beiträge des Familienberichts wider, wobei sich die konkrete Auswahl an der Anwendbarkeit verhaltensökonomischer Erkenntnisse sowie dem Stand der wissenschaftlichen Literatur zu den jeweiligen Themen orientiert. Aufgrund dieser Auswahl kommen andere Teilgebiete der Familienpolitik, wie Fertilität, Fragen der Verpartnerung, des Kindeswohls oder Wohnungspolitik in diesem Beitrag nicht zur Sprache; dies impliziert nicht, dass eine Anwendung verhaltensökonomischer Erkenntnisse in diesen Bereichen nicht ebenfalls möglich wäre.

Konkret geht Kapitel 2.1 zunächst auf die Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Aufteilung von Betreuungsaufgaben zwischen Vätern und Müttern sowie die Inanspruchnahme des Pensionssplittings ein. Kapitel 2.2 diskutiert Risikofaktoren von Jugendlichen und mögliche Präventionsmaßnahmen in den Bereichen Suchtmittelkonsum und Ernährung. Abschnitt 2.3 beleuchtet Integration und die Rolle der Familie und befasst sich mit Themen wie Spracherwerb, dem Zugang zu staatlichen Leistungen und Bildungsangeboten sowie Fragen der Staatsbürgerschaft. Kapitel 2.4 setzt sich mit frühkindlicher Bildung und der Rolle der Eltern auseinander. Kapitel 3 gibt eine Übersicht über bisherige verhaltensökonomische Initiativen mit familienpolitischer Relevanz in Österreich. Dabei wird sowohl auf wissenschaftliche Publikationen, Forschungsprojekte und wissenschaftliche Fachveranstaltungen eingegangen als auch auf Initiativen innerhalb des damaligen Bundesministeriums für Familien und Jugend inklusive konkret umgesetzter Maßnahmen. Kapitel 4 setzt sich mit den Grenzen und der Kritik an der Methode auseinander. In diesem Kapitel werden Vorwürfe der Manipulation diskutiert und die Frage der Wirksamkeit verhaltensökonomischer Maßnahmen besprochen, insbesondere, unter welchen Rahmenbedingungen deren Einsatz sinnvoll und gerechtfertigt sein kann und wann eher auf traditionelle Instrumente zurückgegriffen werden sollte. Zudem wird die Frage diskutiert, inwiefern sich Erkenntnisse aus anderen Ländern oder anderen Politikbereichen auf Österreich bzw. die österreichische Familienpolitik übertragen lassen. Kapitel 5 fasst die Überlegungen und Ergebnisse abschließend zusammen und gibt einen Ausblick auf Herausforderungen des Feldes in der Zukunft.

# 2 Ausgewählte familienpolitische Themen und Anwendungsmöglichkeiten der Verhaltensökonomie

Im Folgenden soll eine Reihe von familien- und jugendpolitischen Themenfeldern aus verhaltensökonomischer Perspektive beleuchtet werden. Die Auswahl der Themen orientiert sich u. a. an den vorigen Beiträgen des Familienberichts<sup>1</sup> und greift gezielt jene Bereiche der Familienpolitik heraus, die sich besonders für die verhaltensökonomische Analyse eignen. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn individuelles Entscheidungsverhalten, das anfällig für Verzerrungen oder Heuristiken ist, im Zentrum steht (z. B. im Bereich der Prävention) oder soziale Normen das Verhalten beeinflussen (z. B. bei der Aufteilung von Betreuungsaufgaben zwischen Müttern und Vätern). Fokussiert wird auch auf jene Bereiche, in denen bereits verhaltensökonomische Literatur zu der Thematik existiert. Nach einem kurzen Aufriss des Problemfeldes wird zunächst jeweils analysiert, inwiefern Verzerrungen oder andere verhaltensökonomische Faktoren bei der Entscheidungsfindung eine Rolle spielen. Im Anschluss werden Maßnahmenvorschläge diskutiert, die zur Lösung des Problems beitragen können, wobei auch internationale Implementierungsbeispiele beschrieben werden.

## 2.1 Männer und Frauen im Spannungsfeld von Familie und Beruf

Die Geburt des ersten Kindes markiert für viele Frauen einen signifikanten Einschnitt in ihre berufliche Entwicklung. Durch Karenz und längere Teilzeitperioden entstehen Erwerbsunterbrechungen, die sich negativ auf Gehalt, Karriere und letztlich auch die Pensionsvorsorge auswirken. Ursächlich für dieses Problem ist die Tatsache, dass Mütter noch immer den überwiegenden Teil der Haushalts- und Familienarbeit übernehmen. Entgegengewirkt werden kann dem durch eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie eine Erhöhung der Väterbeteiligung – beides Faktoren, die sich durch verhaltensökonomische Maßnahmen unterstützen lassen. Der zweite Teil des Kapitels geht der Frage nach, wie die Inanspruchnahme des Pensionssplittings durch verhaltensökonomische Maßnahmen, bspw. eine Verknüpfung mit der Entscheidung über die Aufteilung von Betreuungszeiten, erhöht werden könnte.

---

<sup>1</sup> Vgl. Beitrag 7, Beitrag 8 sowie Beitrag 16.

### 2.1.1 Vereinbarkeit von Familie und Beruf und Väterbeteiligung

Der statistische Vergleich der Einkommen von Männern und Frauen zeigt, dass die Unterschiede ihren Ausgang v. a. nach der Geburt des ersten Kindes nehmen (Albrecht et al. 2018, Kleven et al. 2019). Während sich diese bei Vätern kaum auf das Einkommen auswirkt, sinkt das Einkommen von Müttern deutlich ab, wobei es auch langfristig keinen Aufholprozess gibt. Der Grund für diesen Umstand liegt in der Tatsache, dass Frauen den überwiegenden Teil der Betreuungsaufgaben übernehmen, sowohl unmittelbar nach der Geburt in Elternkarenz als auch später in Elternteilzeit (Kaindl und Schipfer 2018). Die Rahmenbedingungen in den meisten Unternehmen sind meist jedoch nicht hinreichend an die Anforderungen, die sich durch Kinderbetreuungs Pflichten ergeben, angepasst. Für die betroffenen Frauen entstehen dadurch Nachteile im Hinblick auf Gehalt, Karriere und berufliche Weiterentwicklung. Evidenz aus qualitativen Befragungen (z. B. Mazal et al. 2020, Schiffbänker und Holzinger 2014) zeigt, dass diese Aufteilung in einem gewissen Maß zwar individuelle Präferenzen widerspiegelt, dass aber auch soziale Normen sowie Rollenerwartungen die Entscheidung beeinflussen. Dies gilt nicht nur für Mütter, die sich bei einer verhältnismäßig frühen Rückkehr in das Berufsleben mit kritischen Fragen bzgl. des Kindeswohls und der Betreuungssituation konfrontiert sehen, sondern auch für Väter, deren Karriereambitionen infrage gestellt werden, wenn sie sich für Väterkarenzen entscheiden, die über die inzwischen weitestgehend akzeptierten, üblichen zwei Monate hinausgehen (Mazal et al. 2020).

Aus verhaltensökonomischer Perspektive stellt sich zudem die Frage, inwiefern Gegenwartsverzerrungen (O'Donoghue und Rabin 1999) und zeitinkonsistente Präferenzen (Laibson 1997) einen Einfluss auf die Entscheidung haben. Bei einer ungleichen Aufteilung der Betreuung ergeben sich die positiven Auswirkungen unmittelbar (in Form eines kurzfristig höheren Einkommens oder des Vermeidens sozialer Sanktionen), während die Kosten langfristig anfallen. Dies gilt sowohl für den überwiegend betreuenden Elternteil durch verringerte Karrierechancen und Pensionsansprüche sowie das Entstehen von Abhängigkeitsverhältnissen als auch für den überwiegend erwerbstätigen Elternteil in Form von entgangener Familienzeit. Diese kann im Rückblick bereut werden und äußert sich empirisch dahingehend, dass v. a. Väter gerne mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen würden (Wernhart et al. 2018). Als Begründung für die ungleiche Aufteilung werden häufig finanzielle Gründe vorgebracht, eine tiefergehende Analyse zeigt jedoch, dass auch die gesellschaftliche Erwartungshaltung und das eigene Rollenbild die Entscheidung beeinflussen (Mazal et al. 2020).

Um die Arbeitsmarktchancen von Müttern zu verbessern und auch Vätern eine stärkere Beteiligung an der Kinderbetreuung zu ermöglichen, stellt sich die Frage, wie es gelingen kann, die soziale Norm der ungleichen Aufteilung aufzubrechen und zu verändern. Einen ersten Ansatzpunkt bietet zunächst die **Erhöhung der Attraktivität von Väterkarenz und Väterteilzeit**. Dies kann durch eine Ausweitung des Partnerschaftsbonus sowie der exklusiv für Väter vorgesehenen Zeiten beim Kinderbetreuungsgeld geschehen (anders



als derzeit bei der arbeitsrechtlichen Karenz in Österreich) oder durch eine steuerliche Begünstigung einer gleichwertig aufgeteilten Elternteilzeit. Internationale empirische Studien zeigen, dass eine fix für Väter vorgesehene Quote die Veränderung der sozialen Norm unterstützt und sich positiv auf die Akzeptanz und Inanspruchnahme von Vätern auswirken kann (z. B. Ekberg et al. 2013, Rege und Solli 2013, Unterhofer und Wrohlich 2017). Ergänzend können aber auch niederschwellige – teilweise unter dem Begriff „Nudging“ subsumierte – Maßnahmen helfen, die soziale Norm der ungleichen Aufteilung von Betreuungsaufgaben aufzubrechen. Mazal et al. (2020) schlagen z. B. ein **Framing des Kinderbetreuungsgeldes** vor, das eine gleichwertige Aufteilung als Referenzpunkt setzt, z. B. durch die Vermeidung der Bezeichnung „12+2“ oder die Verwendung einer Bildsprache, die auch Väter (und nicht nur Mütter) im Spannungsfeld zwischen Beruf und Familie zeigt. Zusätzlich könnte, wie in einigen skandinavischen Ländern bereits umgesetzt, eine gleichwertige Aufteilung der Karenz als Default gesetzt werden, sodass Väter Teile ihres Anspruchs per Antrag an die Mutter übertragen müssten, falls eine ungleiche Aufteilung gewünscht ist. Um die negative Signalwirkung durch ein aktives Anfragen seitens der Eltern, insbesondere nach Vätern, abzumildern, könnte **Elternkarenz in eine Bringschuld der Unternehmen** umgewandelt werden, bei der Unternehmen aktiv über verschiedene Karenzmodelle informieren und bei den Beschäftigten erfragen, zu welchem Zeitpunkt und über welchen Zeitraum sie gerne in Karenz gehen würden.

Neben Elternkarenz und -teilzeit stellen auch die Flexibilitätsanforderungen im Kontext der professionellen Kinderbetreuung in Kindergarten und Schule eine Herausforderung dar, wenn Kinder bspw. bei einem Unfall oder einer Erkrankung spontan in der Betreuungseinrichtung abgeholt werden müssen. Die Ergebnisse der Fokusgruppeninterviews in Mazal et al. (2020) zeigen, dass diese Aufgabe in erster Linie von Müttern wahrgenommen wird. Ein weiterer Interventionsvorschlag von Mazal et al. (2020) sieht daher vor, dass im Fall einer spontanen Erkrankung **verstärkt die Väter von der Betreuungseinrichtung kontaktiert werden**. Dies würde zum einen Mütter entlasten, zum anderen aber auch das Problembewusstsein bzgl. der Anforderungen komplementärer Betreuung bei Vätern, aber auch deren Unternehmen erhöhen und hat so das Potenzial, zu einem langfristigen Wandel der sozialen Norm beizutragen. Ganz grundsätzlich spielen Vor- und Rollenbilder eine zentrale Rolle in der Überwindung tradierter sozialer Normen, sodass Führungskräfte, die Familie und Karriere erfolgreich vereinbaren, gezielt in den Fokus gerückt werden sollten, um als Vorbild und Identifikationsfigur wirken zu können und den wahrgenommenen Widerspruch zwischen Karriere und Familie aufzulösen.

Ein weiterer Faktor, der in den Fokusgruppen in Mazal et al. (2020) immer wieder zur Sprache kommt, ist die mit der Rückkehr aus der Karenz verbundene Unsicherheit. **Bilaterale, rechtlich nicht bindende Kontrakte** über Zeitpunkt der Rückkehr, Stundenausmaß, aber auch die Möglichkeit, auf die ursprüngliche Stelle zurückzukehren, könnten hier Abhilfe leisten und die psychologischen Kosten erhöhen, die Zusage nicht einzuhalten.

Grundsätzlich zeigen die Ergebnisse von Mazal et al. (2020), dass Flexibilität und gegenseitiges Entgegenkommen essenzieller Bestandteil für die erfolgreiche Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind. Dies betrifft sowohl örtliche Flexibilität, z. B. die Möglichkeit, im Homeoffice zu arbeiten, als auch die zeitliche Gestaltung, z. B. im Rahmen von Gleitzeitmodellen. Wichtig ist hier, die Interessen des Unternehmens sowie von Beschäftigten ohne Kinder nicht aus den Augen zu verlieren und einen Ausgleich zu schaffen, indem Fairnesserwägungen in der Gestaltung von Organisations- und Arbeitsprozessen sowie bei der Zusammensetzung von Teams beachtet werden. Erhöht werden könnte die wahrgenommene Fairness aller Beteiligten durch sogenannte **lebensphasenorientierte Arbeitszeitmodelle** (Rump et al. 2014), bei der reduzierte Leistungsfähigkeit in einer Phase mit kleinen Kindern durch erhöhten Einsatz in einer späteren Phase, wenn die Kinder ein selbstständigeres Alter erreicht haben, ausgeglichen werden kann.

Entscheidend für den Erfolg verhaltensökonomischer Interventionen ist eine genaue Kenntnis der verschiedenen Faktoren, welche die individuelle Entscheidung beeinflussen. Eine detaillierte Analyse, bspw. mit qualitativen Methoden wie in der Studie von Mazal et al. (2020) unter Einbezug der Betroffenen ist daher als erster Schritt, vor der Entwicklung von Interventionen, unerlässlich. Hervorzuheben ist hier eine Untersuchung des britischen Behavioural Insights Teams (BIT) in Kooperation mit dem Government Equalities Office (GEO), die qualitative Interviews mit Paaren über die Aufteilung der Karenz durchführt und zentrale, die Entscheidung beeinflussende Faktoren herausarbeitet (Hacohen et al. 2018). Basierend auf der Analyse werden verhaltensökonomische Maßnahmen entwickelt und im Rahmen eines Online-Experiments getestet. Die Ergebnisse zeigen einen eher überschaubaren Erfolg von Benachrichtigungen, welche die **Vorteile einer gleichwertigen Aufteilung** (bzw. die Nachteile einer ungleichen) betonen. Das Zur-Verfügung-Stellen von Informationsmaterial, das die Möglichkeiten geteilter Elternkarenz **vereinfacht und anschaulich** darstellt und den Rechtsanspruch betont, wirkt sich hingegen positiv auf den Grad der Informiertheit und die Absicht aus, geteilte Elternkarenz in Anspruch zu nehmen. Die ambivalenten Ergebnisse verdeutlichen zum einen die Wichtigkeit einer experimentellen Überprüfung der basierend auf theoretischen (oder qualitativen) Ergebnissen entwickelten Maßnahmen. Zum anderen zeigt sich aber auch, dass aufgrund der starken Anreize und vorherrschenden sozialen Normen eine solche rein auf Informationsvermittlung basierende Intervention nur einen überschaubaren Beitrag zu einer Verhaltensänderung leisten kann und daher eher als Beitrag zu einer mittel- und langfristigen Veränderung der sozialen Norm gesehen werden sollte.

### 2.1.2 Erhöhung der Inanspruchnahme des Pensionssplittings

Ziel der zuvor beschriebenen Überlegungen ist es, die Beteiligung von Vätern und Müttern in der Kinderbetreuung möglichst anzugleichen, sodass die erwähnten Lücken in der Pensionsvorsorge von Frauen gar nicht erst entstehen. Dennoch ist dieses Ziel noch in weiter Ferne, und auch bei substanziellen Fortschritten werden auf individueller Ebene Unterschiede in der näheren Zukunft zunächst bestehen bleiben. Aus diesem

Grund bietet das Pensionssplitting, im Rahmen dessen der überwiegend erwerbstätige Elternteil bis zum siebten Geburtstag des Kindes Teile der Pensionskontogutschriften<sup>2</sup> an den überwiegend erziehenden Elternteil unwiderruflich übertragen kann, eine Möglichkeit des Ausgleichs. Das Pensionssplitting, das bereits seit dem Jahr 2010 existiert, wird jedoch nur von einer verschwindend kleinen Anzahl von Eltern genutzt. Häckl et al. (2019) analysieren in einem Bericht, der mögliche Reformen des österreichischen Pensionssystems aus einer verhaltensökonomischen Perspektive beleuchtet, Gründe für die geringe Inanspruchnahme. Genannt werden u. a. der geringe Kenntnisstand über die vorhandenen Möglichkeiten der Anspruchsberechtigten, die Überschätzung der Kosten der Informationsgewinnung – bedingt durch den knappen Faktor Zeit junger Eltern – sowie Risiko- und Verlustaversion im Hinblick auf die Gefahr, nicht dauerhaft mit der Partnerin bzw. dem Partner zusammenzubleiben.

Die Studie schlägt eine Reihe von Maßnahmen vor, die sich graduell in der Schwere des Eingriffs in die Entscheidungssituation der Betroffenen unterscheiden. In einem ersten Schritt könnte zunächst der Kenntnisstand über das Pensionssplitting erhöht werden, entweder durch die **Möglichkeit der Beantragung im Login-Bereich der Sozialversicherungen**, im „Digitalen Amt“ in der Rubrik „Geburt“ bzw. in der „Checkliste zur Geburt“, oder durch den Versand von verhaltensökonomisch optimierten Informationsbriefen. Die zur Verfügung gestellte Information sollte zum einen den Prozess der Beantragung und die vorhandenen Möglichkeiten anschaulich und leicht verständlich erklären, zum anderen die Auswirkungen fehlender Beitragszeiten auf die Pensionshöhe des überwiegend betreuenden Elternteils veranschaulichen.

Etwas weitreichender wäre die Möglichkeit eines **Referenzpunktes der gleichmäßigen Aufteilung** im Formular zur Beantragung der Pensionssplittings. Verhaltensökonomische Forschung (z. B. Kahneman 1992) zeigt, dass Menschen sich an Referenzpunkten orientieren und diese auch als Orientierung mit bestenfalls empfehlendem Charakter wahrgenommen werden. In dem Formular zur Beantragung des Pensionssplittings könnte daher eine zusätzliche Option „Ich möchte, dass unsere Gesamtgutschriften ausgeglichen werden“ ergänzt werden. Angemerkt werden muss an dieser Stelle jedoch, dass die Frage, wie genau dieser Ausgleich vonstattengeht (u. a. aufgrund der Anrechenbarkeit von Kindererziehungszeiten)<sup>3</sup> nicht trivial ist und basierend auf Fairnessüberlegungen festgelegt werden muss. Diese Überlegung gilt auch für die weitreichendste Maßnahme in Form einer Widerspruchslösung, die **Pensionssplitting als Default** setzt. Dieser An-

---

2 [www.pensionsversicherung.at/cdscontent/?contentid=10007.779168&portal=vpportal](http://www.pensionsversicherung.at/cdscontent/?contentid=10007.779168&portal=vpportal) (zugegriffen: 25.8.2020).

3 Durch die Anrechenbarkeit von Kindererziehungszeiten als Ersatzzeiten für den überwiegend betreuenden Elternteil hat eine gleichmäßige Aufteilung der Gutschriften in den ersten vier Jahren einen eher geringen Effekt und kommt in manchen Fällen sogar dem überwiegend erwerbstätigen Elternteil zugute. Aus diesem Grund schlägt die Studie vor, die Möglichkeit des Pensionssplittings auf die ersten zehn Jahre nach der Geburt des Kindes auszuweiten.

satz, der auch im Regierungsprogramm 2020–2024 („automatisches Pensionssplitting mit einmaliger, zeitlich befristeter Opt-out-Möglichkeit“, S. 251) Niederschlag findet (siehe auch Spitzer 2020 für weitere Details), macht sich die menschliche Tendenz zum Status quo (Samuelson und Zeckhauser 1988) sowie den Unterlassungseffekt (Spranca et al. 1991) zunutze, der besagt, dass Menschen Auswirkungen von unterlassenem Handeln tendenziell weniger problematisch empfinden als Auswirkungen aktiven Handelns. In der konkreten Umsetzung könnte eine gleichmäßige Aufteilung der Gutschriften automatisch implementiert werden, die durch aktive Schritte wieder rückgängig gemacht werden kann. Erwähnt werden muss in diesem Kontext aber auch die Gefahr, dass eine solche Lösung als manipulativ und Einschränkung der individuellen Autonomie wahrgenommen werden könnte, sodass Häckl et al. (2019) die Variante einer erzwungenen Entscheidung (Spital 1995) als Alternative vorschlagen. Diese Variante sieht vor, dass eine **aktive Entscheidung über das Pensionssplitting** getroffen werden muss, bspw. im Rahmen der Beantragung des Kinderbetreuungsgeldes, anstatt im Vorhinein den Default zugunsten des Pensionssplittings festzulegen.

Ein abschließender Vorschlag wählt eine etwas andere Herangehensweise. Hierbei werden die ursächlich miteinander im Zusammenhang stehenden Faktoren der ungleichen Aufteilung von Betreuungszeiten und das Pensionssplitting miteinander verknüpft. Vorgeschlagen wird der Versand eines Informationsbriefes, in dem die Vorzüge einer gleichwertigen Aufteilung von Kinderbetreuungszeiten (und die negativen Auswirkungen einer ungleichen Aufteilung) anschaulich und leicht verständlich dargestellt werden. Im Anschluss soll darauf hingewiesen werden, dass für den Fall einer ungleichen Aufteilung zumindest ein Ausgleich in Form des Pensionssplittings vorgenommen werden kann. Durch diese **Verknüpfung der Entscheidung über die Aufteilung von Betreuungszeiten mit der Entscheidung über das Pensionssplitting** könnte vermieden werden, dass die Entscheidungen wie bisher isoliert voneinander und zumeist gegen eine gleiche Aufteilung und gegen das Pensionssplitting getroffen werden. Anstatt dessen könnte es zumindest zu einer Entscheidung für einen der beiden Aspekte kommen, sodass sich im Durchschnitt sowohl die Inanspruchnahme des Pensionssplittings als auch die Anzahl gleichwertiger Aufteilungen von Betreuungszeiten erhöhen. Wichtig zu erwähnen ist, dass bei allen Maßnahmen darauf geachtet werden sollte, dass diese nicht anderen Maßnahmen für eine gleichwertigere Aufteilung von Betreuungszeiten entgegenwirken und dass Pensionssplitting nicht von Paaren oder speziell durch den überwiegend erwerbstätigen Elternteil als implizite Rechtfertigung für eine ungleiche Aufteilung der Betreuungszeiten herangezogen wird.

## 2.2 Risikofaktoren von Jugendlichen und Maßnahmen zur Prävention

Jugendliche und junge Erwachsene laufen im Vergleich zur übrigen Bevölkerung überproportional häufig Gefahr, Entscheidungen zu treffen, die langfristig negative, teils irreversible Konsequenzen haben. Hierzu zählt der exzessive Konsum von Alkohol und anderen Suchtmitteln (Murphy und Dennhardt 2016), Rauchen (Kocher et al. 2018), Übergewicht (Caweley 2010) oder auch Überschuldung (Hodson und Dwyer 2014). Die überproportional hohe Risikoanfälligkeit von Jugendlichen lässt sich teils durch den sozialen Kontext, teils durch die neurologische Entwicklung erklären, die in diesem Alter eine niedrigere Risiko- und Ungewissheitsaversion, erhöhtes Belohnungsstreben, erhöhte Impulsivität und eine erhöhte Gewichtung der Gegenwart mit sich bringt (Casey und Jones 2010, Spear 2013, Van Duijvenvoorde et al. 2016). Zielgerichtete verhaltensökonomische Maßnahmen sollten nicht nur bei den Jugendlichen selbst ansetzen, sondern versuchen, das Bewusstsein für die langfristigen Auswirkungen aktueller Entscheidungen in der gesamten Familie zu fördern, da hier die Grundlagen für späteres Verhalten gelegt werden. In diesem Kapitel werden die konkreten Problemstellungen des Suchtmittelkonsums und der Ernährung von Jugendlichen herausgegriffen, bereits untersuchte, verhaltensökonomisch inspirierte Maßnahmen zu diesen Themen vorgestellt und um neue Maßnahmenvorschläge erweitert.

### 2.2.1 Suchtmittelkonsum

Gesundheitsstudien und darauf aufbauende Hochrechnungen zeigen, wie hoch die Kosten durch den Konsum von Suchtmitteln, wie Tabak, Alkohol oder gesetzeswidrigen Drogen sein können, nicht nur für die Individuen selbst, sondern für die Gesellschaft als Ganzes (bspw. Pock et al. 2008, Sacks et al. 2015). Um diesen Kosten entgegenzuwirken, macht es aus mehreren Gründen Sinn, bereits bei Jugendlichen mit Präventionsmaßnahmen gegen den Suchtmittelkonsum anzusetzen. Einerseits sind Jugendliche im Allgemeinen risikofreudiger, reagieren stärker auf unmittelbare Anreize und beachten langfristige Konsequenzen weniger stark, wodurch sie grundsätzlich zu einer erhöhten Risikogruppe für den Suchtmittelkonsum gehören. Andererseits zeigt sich empirisch, dass Jugendliche mit erhöhter Selbstkontrolle auch einen gesünderen Lebensstil aufweisen (Sutter et al. 2013). Des Weiteren ist es in späteren Lebensphasen vergleichsweise schwierig, einmal angelebte Gewohnheiten wieder abzulegen.

Aus ökonomischer Perspektive ist die Entscheidung, zu rauchen, Alkohol oder illegale Drogen zu konsumieren, wie bei anderen Entscheidungen auch, die Konsequenz einer (impliziten) Kosten-Nutzen-Abwägung (Becker und Murphy 1988). Auf der Nutzen-Seite steht die Konsumerfahrung selbst sowie der soziale Wert (z. B. soziale Anerkennung des gleichaltrigen Umfelds), auf Kosten-Seite die monetären Kosten der Anschaffung, die gesundheitlichen Kosten und die Opportunitätskosten (aufgrund entgangener, alternativer Tätigkeiten). Aus verhaltensökonomischer Perspektive muss zusätzlich die Unsicher-

heit über die gesundheitlichen Folgen beachtet werden sowie die **unterschiedlichen Zeitpunkte, zu denen Kosten und Nutzen bewusst werden**. Einerseits kann nicht mit vollkommener Sicherheit bestimmt werden, welchen Effekt der konkrete Konsum des Suchtmittels auf die individuelle Gesundheit hat, da es sich um Risikowahrscheinlichkeiten handelt, die häufig falsch eingeschätzt werden. Andererseits sind gesundheitliche Folgen häufig nicht unmittelbar ersichtlich, sondern treten erst in unabsehbarer Zukunft auf, wodurch diese Kosten schwächer in die Entscheidung miteinfließen. Tatsächlich geben Studierende überwiegend an, dass der Nutzen von starkem Alkoholkonsum die Kosten übersteigt (Park 2004). Verhaltensökonomische Maßnahmen setzen nun in erster Linie bei den wahrgenommenen Kosten an und versuchen, diese präziser zu machen.

Entscheidend für die Frage, wie stark der unmittelbare Nutzen gegen zeitlich später wahrgenommenen Kosten gewichtet wird, ist die **Fähigkeit zur Selbstkontrolle**. Verhaltensökonomische Maßnahmen mit informierendem Charakter zielen darauf ab, die langfristigen Konsequenzen der eigenen Handlung deutlicher hervorzuheben und den Zusammenhang zwischen Verhalten und positiver oder negativer Konsequenz bewusster zu machen (Hofmeyr et al. 2011). Während der zusätzliche Schaden einer einzelnen Zigarette oder eines einzelnen Glases Weins jeweils nur einen vergleichsweise geringen Einfluss auf die Gesundheit hat, ist die Summe an Zigaretten oder Alkohol, die konsumiert wird, tatsächlich ausschlaggebend. Daher sollten Informationen über zukünftige Ereignisse als Folge zeitnäherer Handlungen dargestellt werden. Eine spezifische Methode, dies zu erreichen, nennt sich „episodic future thinking“. Studien zeigen, dass die direkte mentale Vorstellung von plausiblen Zukunftsszenarien zu selbstkontrollierten Entscheidungen führt, die wiederum einen positiven Einfluss auf die eigene Gesundheit haben können (Kaplan et al. 2015, Stein et al. 2015). **Ist ein konkreter Plan gefasst, können Selbstbindungsmechanismen helfen, diesen in der weiteren Folge auch umzusetzen**. Kocher et al. (2018) schlagen bspw. vor, wöchentliche und monatliche Ziele in eine Handy-Applikation zu integrieren. Um die Belohnung der Erfüllung der selbst gesetzten Ziele zu unterstützen, können innerhalb der App digitale Auszeichnungen für Fortschritte vergeben werden oder angezeigt werden, welches Gesundheitsziel erreicht bzw. wie viel Geld durch das angestrebte Ziel gespart wurde.

Das **wahrgenommene Gesundheitsrisiko** ist neben der Fähigkeit zur Selbstkontrolle ein weiterer verhaltensökonomischer Faktor, welcher die Entscheidung der Konsumation von Suchtmitteln beeinflusst. Risiko hat einen entscheidenden Einfluss auf das Verhalten, wobei das Risikoverhalten insbesondere deshalb interessant für verhaltensökonomische Interventionen ist, weil nicht das tatsächliche Risiko Entscheidungen beeinflusst, sondern das wahrgenommene. Das Verhalten von ein und derselben Person kann sich systematisch ändern, je nachdem, wie eine Entscheidungssituation dargestellt wird. Wird eine Risikosituation bspw. durch Verluste anstatt durch Gewinne beschrieben, verhalten sich Menschen im Durchschnitt weitaus risikoaverser als umgekehrt (Kahneman und Tversky 1979). Informative Maßnahmen können somit versuchen, mögliche Verluste der Entschei-

derung hervorzuheben, indem bspw. bisherige Investitionen in die eigene Gesundheit oder Karriere hervorgehoben werden. Durch einen passenden **sozialen Vergleich** zu einer gleichaltrigen Bezugsperson kann ein Referenzpunkt gebildet werden, von dem aus das eigene Risikoverhalten in Gewinnen und Verlusten evaluiert wird (Blount und Bazerman 1996). Informative Maßnahmen sollten daher langfristige Nachteile gegenüber Gleichaltrigen betonen. Risikoentscheidungen werden eher verringert, wenn die Höhe des Einsatzes zunimmt (Kachelmeier und Shehata 1992), weshalb die Bedeutung des Einsatzes, bspw. der Verlust durch entgangene Karrieremöglichkeiten, möglichst deutlich dargestellt werden sollte. Des Weiteren ist es empfehlenswert, das Risiko möglichst verständlich und eindeutig zu beschreiben, da Angaben in Prozent relativ abstrakt erlebt werden und Jugendliche im Vergleich zu Erwachsenen v. a. dann mehr aufs Spiel setzen, wenn die Entscheidung nicht unter Risiko, sondern unter Ungewissheit getroffen wird, also ohne Kenntnis der zugrundeliegenden Wahrscheinlichkeiten (Van den Bos und Hertwig 2017).

Letztlich kann eine weitere verhaltensökonomische Maßnahme darauf abzielen, die **indirekten Erfahrungen der Risikoentscheidung** zu erhöhen. Risikoverhalten verändert sich anhand der eigenen Erfahrung (Cameron und Shah 2015, Rosenbaum et al. 2018, Wulff et al. 2018), wobei nicht nur durch eigene, sondern auch durch Erfahrung anderer gelernt werden kann (Tomova und Pessoa 2018). Daher sollten informative Maßnahmen vermehrt mit nachvollziehbaren Erfahrungen von gleichaltrigen Jugendlichen arbeiten. Die Imitation des Risikoverhaltens der eigenen Peergroup spielt laut empirischer Befunde eine größere Rolle als äußerer Druck (Harakeh und de Boer 2019) und ist daher vielversprechender als explizite Aufforderungen, Suchtmittel nicht zu konsumieren.

Bisher wurden in erster Linie psychologische Faktoren diskutiert, auf die verhaltensökonomische Maßnahmen zur Verringerung des Konsums von Suchtmittel abzielen können. Einen weiteren wichtigen Faktor stellen (neben finanziellen) auch **soziale Anreize** dar (Fehr und Fischbacher 2004). Soziale Anreize orientieren sich in erster Linie an den sozialen Normen des sozialen Umfelds, bspw. der Peergroup oder der Familie. Gerade der Konsum von Alkohol und Suchtmitteln wird sozial teilweise anerkannt oder möglicherweise noch zu wenig stigmatisiert (Murphy und Dennhardt 2016). Solche Normveränderungen können tendenziell nur langfristig umgesetzt werden. Durch bewusste Information an die Erziehungsberechtigten kann jedoch versucht werden, innerhalb der Familie eine bewusste Kommunikation zu initiieren, um den Einfluss des sozialen Umfelds positiv zu nutzen.

## 2.2.2 Ernährung

Adipositas ist ein weiteres Gesundheitsthema, das auch in Österreich zunehmend zum Problem wird. Weltweit hat sich der Anteil an übergewichtigen Jugendlichen in den letzten vier Jahrzehnten verzehnfacht. In Österreich zählt mittlerweile jede bzw. jeder

vierte Jugendliche als übergewichtig.<sup>4</sup> Das Ernährungsverhalten wird zu einem großen Teil in der Familie als Teil der Sozialisation im Laufe des Erwachsenwerdens erlernt. Präventive Maßnahmen zur Steigerung von gesunder Ernährung zur Bekämpfung von Übergewicht in jungen Jahren sind v. a. deshalb wichtig, da die Kosten der Bekämpfung von Adipositas mit dem Alter steigen und später neben den erheblichen Gesundheitskosten auch indirekte Kosten für die Wirtschaft hinzukommen (Allan et al. 2019, Cawley 2010).

Aus einer verhaltensökonomischen Perspektive sind die relevanten Faktoren, die zu Übergewicht führen, denen des Suchtmittelkonsums sehr ähnlich. Prinzipiell kann eine Rolle spielen, dass die Gesundheitsrisiken durch fett- und zuckerreiche Nahrungsmittel unterschätzt werden und die Konsequenzen der Gewichtszunahme meist später wahrgenommen werden als die des unmittelbaren Genusses. Chandon und Wansink (2007) zeigen in diesem Zusammenhang, dass Trugschlüsse zur Schädlichkeit von Lebensmitteln überwunden werden können, wenn nicht danach gefragt wird, wie schädlich, sondern wie gesund die Lebensmittel eingeschätzt werden. Ein weiteres Problem für bewusste Ernährung liegt auch darin, dass Kalorienanzahlen sehr abstrakt aufgefasst werden. Dowray et al. (2013) zeigen in einem Experiment, dass die Information, **wie viel sportliche Tätigkeit notwendig ist, eine bestimmte Anzahl von Kalorien zu verbrennen**, einen reduzierenden Effekt auf die Kalorienanzahl der bestellten Mahlzeiten hat. Eine Maßnahme könnte also sein, in Schulcafés oder Mensen die Kalorienanzahl in dieser Form und nicht in abstrakten Zahlen anzugeben, wobei hier allenfalls negative Auswirkungen auf Jugendliche mit Essstörungen berücksichtigt werden müssten.

Auch bei der Ernährung konnte gezeigt werden, dass die Fähigkeit zur Selbstkontrolle eine wichtige Rolle spielt. Selbstkontrolle muss in einem breiteren Kontext als limitierte Ressource verstanden werden, die über einzelne Tätigkeiten hinausgeht. Wenn bspw. Arbeitsstunden steigen, verlangt dies ein erhöhtes Maß an Selbstkontrolle, und die Tendenz, zu ungesunden Nahrungsmitteln zu greifen, steigt (Lien und Zheng 2018). Das impliziert, dass Interventionen v. a. in stressreichen und arbeitsintensiven Phasen ansetzen sollten, also bspw. vor Prüfungszeiten oder in arbeitsintensiven Phasen der Eltern, sofern diese die Lebensmittel noch einkaufen. Der zunehmende Online-Einkauf von Lebensmitteln, die zugestellt werden, weist einen interessanten **sozialen Aspekt gesunder Ernährung** auf. Goldfarb et al. (2015) zeigen, dass die fehlende soziale Interaktion dazu führt, dass ungesündere Nahrungsmittel gekauft werden. Aus verhaltensökonomischer Perspektive kann dies auf das Fehlen sozialer Kontrollmechanismen zurückgeführt werden, was einerseits bedeutet, dass sich soziale Kontrollmechanismen als Interventionsmaßnahme anbieten, bspw. innerhalb der Familie. Andererseits könnten verhaltensökonomische Maßnahmen bei Online-Einkäufen versuchen, die fehlende soziale Kontrolle zu ersetzen, indem bspw. darauf hingewiesen wird, dass jede Bestellung persönlich bearbeitet wird.

---

4 [science.orf.at/stories/2914177/](https://science.orf.at/stories/2914177/) (zugegriffen: 2.11.2019).



Die hier vorgestellten verhaltensökonomischen Maßnahmen bieten interessante Alternativen zu klassischen finanziellen Anreizen, da letztere gerade in Fragen des Suchtmittelkonsums oder der Ernährung ineffizient bzw. ineffektiv sind. Klassische Lenkungsinstrumente, die z. B. bei der Besteuerung von Tabak und Alkohol sowie der Bekämpfung des organisierten, illegalen Drogenhandels ansetzen, wirken aufgrund der Natur von Suchtmitteln relativ ineffizient (geringe Nachfrageelastizität, Scitovsky 1976). Eine Lenkungssteuer auf gesättigte Fette gegen ungesunde Ernährung bspw. wurde 2013 in Dänemark nach zwei Jahren aufgrund fehlender Effektivität wieder abgeschafft. Aus verhaltensökonomischer Perspektive sollte eher versucht werden, bei den sozialen und psychologischen Kosten anzusetzen und die Entscheidungen in einen möglichst langfristigen Rahmen darzustellen, die erheblichen langfristigen Kosten hervorzuheben, das Risiko potenzieller Konsequenzen greifbarer zu machen, Selbstbindungsmechanismen zur Verfügung zu stellen und diese Punkte im Familienkontext anzusprechen. Zwar ist es wichtig, die speziellen Charakteristika der unterschiedlichen Präventionsbereiche im Auge zu behalten und jeweils experimentell zu testen, grundsätzlich können gut funktionierende Methoden aber übergreifend auf verschiedene Fragestellungen angewendet werden. So geben Selbstbindungsmechanismen, die in Finanzprodukten integriert werden, ebenfalls einen wirksamen Ansatzpunkt, um übermäßige Verschuldung in jungen Jahren vorzubeugen (Ashraf et al. 2006). Dennoch sollten Maßnahmen bei einer Übertragung in einen anderen Bereich immer auch getestet werden, um sicherzugehen, dass sie auch dort die gewünschte Wirkung entfalten.

## 2.3 Migration, Integration und die Rolle der Familie

Das familiäre Umfeld spielt eine entscheidende Rolle bei der Integration von Migrantinnen und Migranten, sowohl der ersten Generation als auch von nachfolgenden Generationen.<sup>5</sup> Das Erlernen der Sprache des Ankunftslandes ist z. B. stark in den Familienkontext eingebunden, da ein Großteil des Spracherwerbs zuhause stattfindet (Chiswick 2005) und Eltern und Kinder in der täglichen Interaktion voneinander lernen. Im Folgenden soll eine Reihe von Themen an der Schnittstelle von Integration und Familie aus verhaltensökonomischer Perspektive beleuchtet werden. Fokussiert wird dabei auf Maßnahmen zur Steigerung der Motivation, vorhandene Angebote anzunehmen, aber auch auf die Erleichterung des Zugangs zu Integrationsangeboten, staatlichen Leistungen, Bildungsangeboten und letztlich auch der Staatsbürgerschaft.

### 2.3.1 Spracherwerb

Das Beherrschen der lokalen Sprache stellt einen entscheidenden Faktor erfolgreicher Integration dar und gilt als Voraussetzung für Bildungs- und Berufserfolg, das Knüpfen von Kontakten und Netzwerken und für das Entwickeln eines Zugehörigkeitsgefühls

---

5 Vgl. Beitrag 16.

(Esser 2006). Dennoch gibt es vielfach noch Aufholbedarf, und zur Verfügung gestellte Angebote werden teilweise nicht in Anspruch genommen. Eine Rolle spielen hier die wahrgenommenen Hürden des Zugangs, aber auch die bereits erwähnten zeitinkonsistenten Präferenzen und Gegenwartsverzerrungen. Das Erlernen einer Sprache ist mit direkten und indirekten Kosten verbunden, die mit den langfristigen Vorteilen, wie verbesserten Berufsaussichten, abgewogen werden (Isphording 2015). Neben der Problematik der überproportional starken Wahrnehmung der in der Gegenwart anfallenden Kosten stehen die Betroffenen häufig unter hoher kognitiver Beanspruchung und dem Druck, Stabilität herzustellen und den eigenen Lebensunterhalt zu bestreiten (Atwell et al. 2009).

Im Folgenden werden verhaltensökonomische Maßnahmen vorgestellt, die helfen können, diese Hürden zu überwinden und die Inanspruchnahme und das erfolgreiche Absolvieren von Sprachkursen zu erhöhen. Die Überlegungen gehen davon aus, dass Angebote in ausreichendem Ausmaß vorhanden sind und es den Betroffenen zumindest prinzipiell möglich ist, anfallende Kosten für die Kurse zu tragen. Um die Hürden und den Aufwand der Anmeldung zu reduzieren, könnten bspw. nach Österreich Migrierende bei ihrer Ankunft **automatisch für einen Sprachkurs angemeldet** werden, wobei eine Ab- oder Ummeldung kostenfrei und unbürokratisch möglich sein sollte, sodass – im Gegensatz zu verpflichtenden Sprachkursen – auf individuelle Lebensumstände Rücksicht genommen werden kann. Empirische Evidenz in anderen Bereichen (z. B. in der betrieblichen Gesundheitsvorsorge; Chapman et al. 2010) zeigt, dass die Teilnahmequote bei automatischer Anmeldung deutlich höher liegt, was u. a. auf den bereits erwähnten Status-quo-Effekt (Samuelson und Zeckhauser 1988) zurückzuführen ist. Um den mit der automatischen Anmeldung verbundenen Empfehlungscharakter zu unterstreichen und die Problematik der Gegenwartsverzerrung abzumildern, kann diese Maßnahme auch mit der **Bereitstellung von Informationen über die langfristigen positiven Auswirkungen des Spracherwerbs** verbunden werden. Bzgl. der Finanzierung könnte ein nachgelagertes System, bei dem Kursgebühren erst zu einem späteren Zeitpunkt – bspw. nach erfolgreicher Integration in den Arbeitsmarkt – gezahlt werden, die Problematik der Gegenwartsverzerrungen abmildern.

Neben der Anmeldung für die Sprachkurse können auch der langfristige Lernerfolg und das Durchhaltevermögen durch verhaltensökonomische Instrumente verbessert werden. Eine Studie von Hume et al. (2018) im Kontext von Fortbildungskursen für Jugendliche<sup>6</sup> zeigt bspw., dass eine **Reflexion der eigenen Ziele und Werte zu Kursbeginn** zu einer Verbesserung des Kurserfolges um 25 % führt. Einen positiven Einfluss haben auch der wöchentliche Versand ermutigender Textnachrichten sowie das Zuweisen eines „**Study supporters**“ aus Familie oder Freundeskreis, der oder die regelmäßig mithilfe von Text-

---

6 Die beschriebenen Erkenntnisse beziehen sich auf Mathematik- und Englischkurse für Jugendliche (ohne dezidierten Migrationshintergrund), ließen sich vermutlich aber auch auf Sprach- oder Integrationskurse übertragen.

nachrichten über den Fortschritt des Schützlings informiert wird. Zuletzt hilft auch das **Zuweisen einer zufälligen Bezugsperson** innerhalb des Kurses, Anwesenheit und Lernerfolg durch gegenseitige Unterstützung und Motivation zu verbessern.

Abgesehen von traditionellen Sprachkursen bieten auch digitale Lernplattformen eine große Chance für den Spracherwerb allgemein, aber auch für die Anwendung verhaltensökonomischer Erkenntnisse. Grote et al. (2019) untersuchen in einem Feldexperiment verschiedene Versionen einer Informations-E-Mail, die Geflüchtete auf eine neue Lernplattform aufmerksam macht. Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass die Verweildauer auf der Plattform und die Anzahl der bearbeiteten Aufgaben bei einer E-Mail mit dem Hinweis, dass das Lernen der Sprache hilft, **Teil der Community** zu werden, deutlich höher liegt als bei einer neutralen E-Mail. Darüber hinaus könnten digitale Lernplattformen durch verhaltensökonomische Elemente angereichert werden, bspw. durch Gamification (Zhou et al. 2017, Flores 2015), also den Einsatz spielerischer Elemente, sowie das Kreieren von Wettbewerbssituationen oder gemeinsamen Gruppenzielen, das gerade auch in dem für den Spracherwerb so wichtigen Familienkontext ein gegenseitiges Anspornen und Motivieren und somit eine Verbesserung der Lernleistung bewirken kann.

### 2.3.2 Zugang zu staatlichen Leistungen und Bildung

Von staatlicher Seite werden, gerade im Familienbereich, zahlreiche Leistungen angeboten, die zu einer erfolgreichen Integration beitragen können. Durch finanzielle Unabhängigkeit sind Menschen besser in der Lage, die langfristigen Konsequenzen ihres Handelns abzuschätzen, und legen tendenziell einen stärkeren Fokus auf die Zukunft (Ishii et al. 2017), was sich positiv auf Integrationsbemühungen mit langfristigem Zeithorizont auswirken kann. Migrantinnen und Migranten sehen sich derzeit jedoch mit komplizierten und langwierigen administrativen Prozessen konfrontiert, die Zeit und Kraft für andere Integrationsmaßnahmen rauben können (zur Theorie der kognitiven Belastung siehe Deck und Jahedi 2015).

Aus verhaltensökonomischer Sicht sollten staatliche Angebote **einfach navigierbar und intuitiv** gestaltet sein, um Zeit und Mühe bei Anträgen auf öffentliche Dienstleistungen zu reduzieren (Sunstein 2014). Bei der Gestaltung von Formularen und Prozessen sollte also immer auch die Nutzungsfreundlichkeit mitgedacht und Rücksicht auf die Bedürfnisse und den Kontext vulnerabler Gruppen genommen werden, wie Menschen mit unterschiedlichen Sprach- und Bildungshintergründen. Am besten gelingt dies, wenn die Prozesse gemeinsam mit den Menschen, an die sich die Maßnahmen richten, entwickelt werden. In Deutschland wurde bspw. die Digitalisierung des Antrags auf Elterngeld (das im Wesentlichen dem österreichischen Kinderbetreuungsgeld entspricht) von der verhaltenswissenschaftlichen Einheit im Bundeskanzleramt (Wirksam Regieren) begleitet.<sup>7</sup>

---

7 [www.bundesregierung.de/breg-de/themen/wirksam-regieren/elterngelddigital-1596258](http://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/wirksam-regieren/elterngelddigital-1596258) (zugegriffen: 25.10.2019).

**Unter Einbezug von werdenden Eltern** wurde der Antrag so gestaltet, dass dieser möglichst einfach und schnell ausgefüllt werden kann. In Interviews und Tests wurde die Funktionalität und Nutzungsfreundlichkeit des Onlineportals untersucht und die Erkenntnisse für dessen Weiterentwicklung genutzt. Darüber hinaus diskutieren Benton et al. (2018) im Rahmen eines Berichts, der sich mit den Anwendungen verhaltensökonomischer Erkenntnisse im Integrationsbereich auseinandersetzt, eine Reihe von Maßnahmen zur Vereinfachung bürokratischer Prozesse. In elektronischen Formularen könnten z.B. Informationen, die sich bereits in der Datenbank befinden, im Austausch verschiedener Behörden untereinander automatisch ausgefüllt werden, um so Zeit und kognitive Beanspruchung zu reduzieren.

Die diskutierten Ansätze lassen sich auch auf den Zugang von Familien mit Migrationshintergrund zu Bildung übertragen. Dies gilt sowohl für weiterführende Bildungseinrichtungen nach der Pflichtschule als auch für Universitäten – beides Bereiche, in denen Menschen mit Migrationshintergrund unterrepräsentiert sind.<sup>8</sup> Eine US-amerikanische Studie von Bettinger et al. (2012) zeigt bspw., dass die **Vereinfachung und Automatisierung von Teilen des Bewerbungsprozesses**, u. a. durch die übersichtliche Darstellung verschiedener Auswahloptionen, verbunden mit individueller, persönlicher Unterstützung, zu einer höheren Inanspruchnahme von Stipendien und damit zu mehr Universitätsabschlüssen führt. Auch das Bereitstellen von Informationen über Studienkosten sowie Bewerbungsschritte zu finanziellen Beihilfen hat einen positiven Einfluss auf die Anzahl von Bewerbungen und Zulassungen zu Universitäten (Hoxby und Turner 2015).

Studien zeigen zudem, dass erfolgreiche Vorbilder der eigenen Ethnie im näheren Umfeld den Bildungserfolg verbessern (Aslund et al. 2011). Diese Erkenntnis macht sich eine Studie des britischen Behavioural Insights Teams (Silva et al. 2016) zunutze, die zeigt, dass junge Erwachsene nach einem inspirierenden **Vortrag einer Identifikationsfigur mit ähnlichem sozialen Hintergrund** eher eine Hochschulbewerbung planen. Wichtig ist jedoch, nicht nur auf den Universitätszugang zu fokussieren, sondern auch den Übergang nach der Pflichtschule in den Blick zu nehmen. Auch hier können Vorbilder oder die Vereinfachung von Zugangsprozessen eine entscheidende Rolle spielen. Zudem könnten auch die im Kontext der Sprachkurse besprochenen verhaltensökonomischen Maßnahmen sinnvoll sein, sowohl im Hinblick auf die Entscheidung für das Fortsetzen des Bildungsweges als auch in Bezug auf Durchhaltevermögen und einen erfolgreichen Abschluss.

### 2.3.3 Staatsbürgerschaft

Empirische Studien zeigen positive Auswirkungen des Erlangens der Staatsbürgerschaft sowohl auf das Einkommen (Sumption und Flamm 2012) als auch die politische und soziale Integration (Hainmueller et al. 2017). Integrationssteigernde Effekte in Form einer erhöhten **Kooperationsbereitschaft zwischen Kindern mit Migrationshintergrund**

---

8 Vgl. OECD 2015, sowie Beitrag 16.

**und einheimischen Kindern** zeigt auch eine Untersuchung der deutschen Staatsbürgerschaftsreform im Jahr 2000, bei der das Geburtsortsprinzip eingeführt wurde (Felfe et al. 2018). Einbürgerung kann somit nicht nur als Abschluss, sondern auch als Katalysator einer erfolgreichen Integration gesehen werden. Konkret könnte zunächst der Anteil der anspruchsberechtigten und tatsächlich eingebürgerten Personen, gerade auch bei in Österreich geborenen Kindern und Jugendlichen, erhöht werden, um dann in einem nächsten Schritt die Teilnehmerate an existierenden Einbürgerungsprogrammen zu erhöhen. Im US-Bundesstaat New York bspw. konnten anspruchsberechtigte Personen **im Rahmen einer Lotterie den Erlass der bürokratischen Kosten** gewinnen, was zu einer Steigerung der Teilnahme an dem Programm führte (Benton et al. 2018). Lotterien stellen ein wirkungsvolles Instrument der Motivation dar, da Menschen gerne an Lotterien teilnehmen und dazu tendieren, kleine Wahrscheinlichkeiten (hier die Gewinnwahrscheinlichkeit der Lotterie) zu überschätzen (Fooker et al. 2015 für ein Beispiel im Steuerkontext). Auch ein **vereinfachtes und transparenteres Prozedere** (ähnlich den Überlegungen im Kontext des Zugangs zu staatlichen Dienstleistungen) könnte zu einer größeren Inanspruchnahme beitragen. Allein die Information, dass einkommensschwache Personen anspruchsberechtigt für einen Erlass der Prozesskosten der Einbürgerung sind, erhöhte bei einer Untersuchung im US-Bundesstaat New York die Inanspruchnahme um durchschnittlich zehn Prozentpunkte (Hotard et al. 2019).

Die bisher diskutierten Ansätze haben gemein, dass sie aufseiten der Migrantinnen und Migranten ansetzen. Umgekehrt ist aber auch auf eine gewisse Offenheit und Bereitschaft aufseiten der Menschen des Ankunftslandes für eine erfolgreiche Integration unerlässlich. Hilfreich sind dabei Eigenschaften wie **Empathie, Kooperationsbereitschaft sowie ein sogenanntes „growth mindset“** (Dweck 2006), das zu weniger Vorurteilen und einer offeneren Geisteshaltung beitragen kann. Idealerweise sollten Interventionen zur Förderung dieser Eigenschaften (für eine Übersicht siehe Benton et al. 2018) bereits in sehr jungen Jahren, in Kindergarten oder Schule, ansetzen, da hier das Potenzial für eine positive Entwicklung am größten ist.

Abschließend lässt sich sagen, dass Familie einen entscheidenden Faktor erfolgreicher Integration bildet, da wichtige Grundlagen des Spracherwerbs, Bildungsentscheidungen und Wertevermittlung in diesem Kontext gelegt und getroffen werden. Zudem können Spillover- bzw. Übertragungseffekte zwischen einzelnen Familienmitgliedern multiplizierend wirken. Verhaltensökonomische Maßnahmen haben das Potenzial, diese Übertragungseffekte zu unterstützen und die Motivation zu erhöhen, vorhandene Angebote anzunehmen und zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen. Durch die Erleichterung des Zugangs zu Integrationsangeboten, staatlichen Leistungen allgemein oder Bildungsangeboten können Familien mit Migrationshintergrund zudem entlastet und in ihren Integrationsbemühungen unterstützt werden. Auch in diesem Kontext gilt wiederum, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen vor der flächendeckenden Implementierung experimentell evaluiert und auf ihre Wirksamkeit überprüft werden sollten, gerade im

hochkomplexen Bereich der Integration, in dem sich Betroffene, aber auch politischen Akteure im Hinblick auf den kulturellen Hintergrund bzw. die ideologische Prägung stark unterscheiden.

## 2.4 Frühkindliche Bildung und die Rolle der Eltern

Trotz hoher Investitionen schneidet Österreichs Bildungssystem regelmäßig relativ schlecht in vergleichenden Studien (z. B. PISA) ab. Zugleich hängen Bildungserfolge überproportional stark vom Bildungsgrad der Eltern ab (OECD 2018). Dadurch geht nicht nur wichtiges Humankapital verloren, es werden auch soziale Ungleichheiten in der Gesellschaft reproduziert. Studien aus Medizin, Bildungswissenschaft, Psychologie und Ökonomie zeigen, dass sich langfristige Chancenungleichheit zwischen Kindern schon sehr früh, meist zwischen null und fünf Jahren, entwickeln (List et al. 2018). Der ausschlaggebende Faktor für Leistungsunterschiede in diesem frühen Stadium ist v. a. die Interaktion zwischen Kind und Eltern. Auf dem Gebiet der Elternbildung, die in den Aufgabenbereich des Bundesministeriums für Arbeit, Familie und Jugend fällt, wird versucht, diese Erkenntnis Eltern näherzubringen und sie zu einer verstärkten Interaktion mit dem Kind zu motivieren. Verhaltensökonomische Forschung und Methoden können hier einen Beitrag leisten, Eltern besser zu erreichen, sie zu einer ausgeprägteren und zielgerichteteren Interaktion mit dem eigenen Kind zu motivieren und die Elternbildung effizienter zu gestalten.

Allgemein hängt Bildungserfolg über den Ausbildungszyklus hinweg zu unterschiedlichen Teilen von den Rahmenbedingungen der Lehrinstitutionen, dem Einsatz der Kinder und dem Einsatz der Eltern ab (List et al. 2018). Traditionell richten sich Bildungsmaßnahmen v. a. an die Rahmenbedingungen von Schulen, wobei die Schule typischerweise im Alter von sechs Jahren beginnt. Studien legen jedoch nahe, dass die physische Entwicklung des Gehirns zu 85 % in den ersten drei Lebensjahren stattfindet. Bilder des neuronalen Nervensystems zeigen bereits nach sechs bis neun Monaten Unterschiede zwischen sozioökonomisch besser und schlechter gestellten Säuglingen, die bei der Geburt noch nicht festgestellt werden können (Brito et al. 2016). Ohne entsprechende Investitionen der Eltern wird die volle neuronale Plastizität des Gehirns schwächer genutzt als möglich, was die Lernfähigkeit und die intellektuelle Kapazität des Kindes über den gesamten weiteren Lebenszyklus signifikant reduziert (Fernald et al. 2013, Nelson et al. 2007, Raver et al. 2013), sodass Kinder aus schlechteren sozioökonomischen Verhältnissen vergleichsweise später die Schulreife erreichen, schlechter in der Schule abschneiden und seltener und weniger erfolgreich einen tertiären Bildungsweg beginnen (Bailey und Dynarski 2011, Forget-Dubois et al. 2009).

Da sich die Kinder in diesen Phasen noch nicht in der Schule befinden und die eigene Lernmotivation nicht vollkommen bewusst steuern, haben die Eltern in dieser Phase den

größten Einfluss auf die Entwicklung des Kindes. Tatsächlich zeigen Erhebungen, dass gerade Kinder aus sozioökonomisch schlechter gestellten Familien bei der Interaktion mit ihren Eltern quantitativ und qualitativ kürzer kommen (Guryan et al. 2008), was sich z. B. negativ auf deren Wortschatz auswirkt (Hart und Risley 1995). Die **Interaktion zwischen Eltern und Kindern** hat dabei einen **kausalen Einfluss auf die kognitive Entwicklung des Kindes** (Villena-Roldán und Ríos-Aguilar 2012); es handelt sich also nicht primär um einen wechselseitigen Zusammenhang zwischen sozioökonomischem Status und genetisch determinierten Fähigkeiten, die generationenübergreifend vererbt werden.

Literaturübergreifend scheinen das sprachliche Umfeld und das Stresslevel in der Familie (Arbeitsverhältnisse, Wohnverhältnisse, mentale Gesundheit der Eltern) die wichtigsten Faktoren für die frühkindliche Entwicklung zu sein. Durch gezielte Maßnahmen in der Elternbildung kann versucht werden, den durch vergleichsweise geringere sprachliche Interaktion entstehenden **Unterschieden im frühkindlichen Alter präventiv entgegenzuwirken**. Interventionen in diesem Bereich sind besonders interessant, da frühkindliche Maßnahmen bei der momentanen Investitionsstruktur (in den USA) effektivere (List et al. 2018) und effizientere (Heckman 2008) Investitionsrenditen versprechen als klassische Bildungsansätze. Das bedeutet, dass Gelder, die momentan in das Bildungssystem fließen, um Lernschwächen in der Schule auszugleichen, besser eingesetzt wären, wenn man versuchen würde, diese erst gar nicht entstehen zu lassen. Die schwierige Aufgabe besteht jedoch darin, die Eltern auch zu erreichen und Verhalten, das möglicherweise durch Verzerrungen beeinflusst ist, durch entsprechende Empfehlungen und Maßnahmen zu ändern.

Hier kommt nun die Verhaltensökonomie ins Spiel. Zwar sollten Inhalte der Elternbildung selbstverständlich von und mit erfahrenen lokalen Expertinnen und Experten auf dem Gebiet erarbeitet werden. Aus verhaltensökonomischer Perspektive zeichnen sich auf Grundlage der Literatur dennoch drei wichtige Ziele ab. Einerseits sollten Eltern zur **Inanspruchnahme der Elternbildung** bewegt werden, was gerade dann schwierig ist, wenn die zeitliche Belastung innerhalb der Familie bereits sehr hoch ist oder sprachliche Barrieren bestehen. Andererseits soll sich das Ausmaß an Interaktion der Eltern mit ihren Kindern **quantitativ erhöhen**, und dies soll auf eine dem Kind altersgerechte, **qualitativ hochwertige Weise** geschehen.

Zunächst stellt sich die Frage, warum Elternbildung nicht in einem ausreichenden Ausmaß in Anspruch genommen wird und warum das Interaktionsausmaß von Eltern mit ihren Kindern nicht in allen Familien quantitativ und qualitativ ähnlich hoch ist, da es im Interesse der Eltern liegt, ihren Kindern die bestmöglichen Startvoraussetzungen für das Leben zu bieten. Die Schwierigkeit, Elternbildung anzunehmen, liegt daran, dass Erziehung von den meisten Menschen als etwas sehr Persönliches, Privates und Intuitives erlebt wird, in das sich der Staat nicht einmischen sollte (Buehner-Ferstl et al. 2011). Erziehungsentscheidungen sind außerdem erheblich von der eigenen Erziehung beein-

flusst, die starke Referenzpunkte setzt und Normen generiert. Aufgrund einer hohen kognitiven Belastung im Alltag (Deck und Jahedi 2015) bleibt keine Zeit, alle relevanten Informationen zu sammeln, um unter vollständiger Information vollkommen rationale Erziehungsentscheidungen zu treffen (Wadsworth und Ahlqvist 2015). Das bedeutet, dass teilweise ergänzendes Wissen fehlt und **aufgrund von Zeitmangel auf Heuristiken** zurückgegriffen wird, die zu suboptimalen Erziehungsentscheidungen führen. Dies muss sensibel kommuniziert werden, da der Eindruck, dass die eigene Erziehung suboptimal ist, sich negativ auf den eigenen Selbstwert auswirken und zur Ablehnung der Empfehlungen führen kann. Des Weiteren sind die Folgen von Erziehungsentscheidungen meist nicht unmittelbar ersichtlich. Es fehlt der kontrafaktische Vergleich, denn entscheidende Unterschiede (z. B. berufliche Optionen) sind erst Jahre nach den frühkindlichen Erziehungsentscheidungen bemerkbar. Zu diesem späteren Zeitpunkt kann der Erfolg des Kindes auch fälschlicherweise auf andere Faktoren zurückgeführt werden (z. B. den Unterricht, das Lehrpersonal oder das Talent des Kindes). Die genannten Faktoren sind umso bedeutender, als zukünftiger Nutzen abdiskontiert, also in der Gegenwart weniger stark berücksichtigt wird, und Anstrengungen in der Gegenwart ein relativ hohes Maß an Disziplin verlangen und unter Unsicherheit getroffen werden.

Wie können also verhaltensökonomische Maßnahmen helfen, das Erziehungsverhalten positiv zu beeinflussen? Ziel sollte zunächst sein, die **Inanspruchnahme von Elternbildung zu erhöhen**. Ein möglicher Ansatz wäre, finanzielle Anreize zu setzen, z. B. durch Prämien für das Erscheinen in entsprechenden Kursen oder die Kopplung der Auszahlung der Familienbeihilfe an ein gewisses Ausmaß an Elternbildung. Diese monetären Anreize können sinnvoll sein, wenn bei gleich hohen Investitionen effektivere Ergebnisse durch die Elternbildung erzielt werden, als bei weiteren Investitionen in das Schulsystem. Allerdings können diese Maßnahmen auch intrinsische, also unabhängig von äußeren Anreizen entstehende, Motivation unterminieren.

Auf Grundlage verhaltensökonomischer Überlegungen sollten Informationen über den positiven Effekt der Elternbildung für den späteren Erfolg der Kinder den Eltern möglichst **anschaulich vermittelt** werden, bestenfalls durch evidenzbasierte Ergebnisse aus Feldexperimenten, in denen Eltern randomisiert an Elternbildung teilnehmen bzw. nicht teilnehmen (momentan leiden Vergleiche an Problemen des Selektionseffekts). Die vermittelten Informationen sollten zudem weitere verhaltensökonomische Maßnahmen enthalten, wie die **Umkehrung des Framings** der Inanspruchnahme von Elternbildung von einer persönlichen Schwäche hin zu einer Stärke. Das heißt, es sollte eine positiv besetzte Identität für Eltern geschaffen werden, die das Angebot der Elternbildung annehmen. Falls die Anreize durch reine Information zu schwach sind, kann versucht werden, den Default der Elternbildung zu verändern. So wäre denkbar, Eltern vor Geburt des Kindes **automatisch für die Elternbildung anzumelden**, bei einer kostenfreien Option sich wieder abzumelden. So würde die Familienbeihilfe weiterhin unabhängig von der Inanspruchnahme von Elternbildung ausbezahlt werden, Eltern müssten sich aber aktiv



dagegen entscheiden (so könnte bspw. bei unentschuldigter Abwesenheit die Zahlung der Familienbeihilfe gekürzt werden). Alternativ könnte man auch eine vorzeitige Prämienzahlung für das Erscheinen bei der Elternbildung implementieren, die bei Fernbleiben oder Abmeldung zurückgezahlt werden muss, um sich so den Effekt der Verlustaversion zunutze zu machen und die Teilnahmequoten zu erhöhen.

Nehmen die Erziehungsberechtigten an der Elternbildung teil, ist das Ziel, die Quantität und Qualität der Eltern-Kind-Interaktion zu erhöhen. Der erste Schritt hierfür ist, wieder durch entsprechende Informationen, die Bedeutung der frühkindlichen, altersgemäßen Interaktion an die Eltern weiterzugeben, mit dem Ziel, den kognitiven Aufwand zur Aufnahme der Informationen möglichst gering zu halten. Die effektivste Art der Informationsvermittlung kann wiederum experimentell getestet werden, sollte aber **möglichst greifbar** sein (z. B. visuell, durch unterstützende Videos) und einfach **in die tägliche Routine implementierbar** sein. Um Routinen zu festigen, können bei der Elternbildung oder mittels App, altersgerecht, wöchentliche Ziele festgelegt werden, an die durch **personalisierte Textnachrichten** erinnert wird (z. B. eine Erinnerung, sich mit dem Kind auseinanderzusetzen sowie die geplante Stundenanzahl; oder eine Erinnerung, ein möglichst breites Vokabular zu verwenden, um das Kind zu fördern). Um Erfolge besser einschätzen zu können, ist es außerdem sinnvoll, möglichst viel **Feedback über Entwicklungsfortschritte** im Vergleich zu Alternativszenarien zu geben (z. B. wie viele neue Wörter das Kind an einem Tag gelernt hat; wie viel Zeit sich die Eltern im Vergleich zur empfohlenen Stundenzahl genommen haben; oder Informationen dazu, wie engagiert die Eltern im Vergleich zu anderen sind). Diese und weitere Maßnahmen sollten letztlich durch eine intensive Zusammenarbeit mit Sachverständigen im Bildungsbereich fundiert und erweitert werden.

Bisher bezieht sich die Forschung bzgl. der Effektivität der Elternbildung vorwiegend auf Nordamerika. In einer Studie mit sozioökonomisch schlechter gestellten Müttern konnte gezeigt werden, dass die Maßnahmen das Wissen von Müttern über die kognitive Entwicklung ihrer Kinder verbessert, die Quantität und Qualität der Interaktionen erhöht und die Sprachfähigkeiten der Kinder verbessert (Suskind et al. 2016). Zudem gibt es Evidenz für einen **positiven Effekt verhaltensökonomischer Maßnahmen** (z. B. aktive Zielsetzung, Selbstbindung oder soziale Anerkennung) auf die Zeit, die Eltern ihren Kindern widmen (Gennetian et al. 2019, Mayer et al. 2019). Die genannten Studien finden außerdem, dass regelmäßige, personalisierte Textnachrichten an die Eltern einen positiven Einfluss auf die Eltern-Kind-Interaktion haben und sich langfristig auch positiv auf die Schulleistung auswirkt (Bergman 2018, Damgaard und Nielsen 2018, Doss et al. 2019, Hurwitz et al. 2015, York et al. 2019). Insgesamt zeigen die Studien einen durchwegs positiven Effekt von verhaltensökonomisch unterstützten Maßnahmen, wobei die vermittelten Inhalte selbst keineswegs vernachlässigt werden sollten, da diese letztlich entscheidend sind und die Verhaltensökonomie dahingehend nur unterstützen kann, die Eltern besser zu erreichen.

Wissen aus den Bildungswissenschaften, angereichert durch verhaltensökonomisch inspirierte Maßnahmen, hat somit das Potenzial, die Kluft in den Entwicklungspotenzialen von Kleinkindern abzumildern, um Humankapital und die Mobilität auf der sozioökonomischen Leiter in Österreich zu erhöhen. Für einige der angeführten Maßnahmenvorschläge gibt oder gab es in abgewandelter Form bereits politische Initiativen. Momentan wird in Österreich jedoch häufig versucht, bereits verfestigte Unterschiede später in der Schule auszugleichen. Bei zu großen Unterschieden in den Startvoraussetzungen leiden jedoch nicht nur Unterricht und Lehrkräfte, sondern auch die Schülerinnen und Schüler. Paradoxerweise könnte in diesem Bereich gerade die Familienpolitik und nicht die Bildungspolitik einen wichtigen Beitrag leisten. Nicht zuletzt werden durch eine effektive Familienpolitik auch Dominoeffekte generiert, da durch gelungene Vereinbarkeit von Familie und Beruf (Kapitel 2.1) mehr Zeit für die Familie bleibt.

## 3 Verhaltensökonomische Initiativen in der österreichischen Familienpolitik bisher

In den vergangenen fünf Jahren wurden verschiedene Schritte gesetzt, verhaltensökonomische Erkenntnisse in der österreichischen Politik und Verwaltung stärker umzusetzen und organisatorisch zu verankern. Entscheidende Impulse kamen dabei auch aus dem Bereich der Familien- und Jugendpolitik. Nach der umfangreichen Darstellung möglicher Ansatzpunkte für verhaltensökonomische Erkenntnisse und Maßnahmen soll im Folgenden ein kurzer Überblick gegeben werden, welche Initiativen und Maßnahmen in den vergangenen Jahren bereits gesetzt wurden und wie diese weiter ausgebaut und vertieft werden könnten. Die hier diskutierten Beispiele und Erkenntnisse basieren zum einen auf Publikationen, die im Rahmen von Forschungsprojekten entstanden sind, zum anderen auf schriftlich dokumentierten Gesprächen mit einzelnen Beteiligten aus dem damaligen Bundesministerium für Familien und Jugend sowie der eigens im Ministerium eingerichteten „Projektgruppe Verhaltensökonomie“.

### 3.1 Projektgruppe Verhaltensökonomie im Bundesministerium

Ein erster Schritt der Verankerung verhaltensökonomischer Expertise innerhalb des damaligen Bundesministeriums für Familien und Jugend bestand in der Einrichtung der „Projektgruppe Verhaltensökonomie“, einem wissenschaftlichen Gremium, das sich aus renommierten deutschsprachigen, im Bereich der Verhaltensökonomie forschenden Personen (Martin Kocher, Erich Kirchler, Nina Mazar, Matthias Sutter) zusammensetzte. Ziel der Projektgruppe, an deren Sitzungen auch die damalige Bundesministerin für Familien und Jugend, Sophie Karmasin, und weitere Mitarbeitende des Ministeriums teilnahmen, war es, aktuelle politische Fragestellungen aus einer verhaltensökonomischen Perspektive zu beleuchten und das Ministerium bei der Umsetzung verhaltensökonomischer Erkenntnisse in der Praxis zu unterstützen. Die Projektgruppe kam im Zeitraum von Februar 2016 bis September 2017 insgesamt sieben Mal zusammen und setzte sich mit unterschiedlichsten Themen der Familien- und Jugendpolitik auseinander. Im Folgenden soll zunächst ein kurzer Überblick über diskutierte Fragestellungen gegeben werden, im Anschluss werden dann ausgewählte Themen, insbesondere solche, bei denen konkrete Maßnahmen gesetzt wurden, detaillierter behandelt.<sup>9</sup>

In der Projektgruppe diskutiert wurden vielfältige Themen wie die Ausbildung von Geschlechterrollen bei Kindern und Jugendlichen sowie deren Bedeutung für spätere Unterschiede zwischen den Geschlechtern, die Flexi-Quote zur Erhöhung des Frauenanteils in Führungsetagen, Prävention im Gesundheitsbereich bei Jugendlichen, Gewalt in der Kindererziehung, die verhaltensökonomische Optimierung von Befragungsmethoden sowie der grundsätzliche Einfluss von Faktoren wie (wahrgenommenem) Risiko, Verlustaversion oder Vertrauen auf Entscheidungen im Familienbereich und die Wahrnehmung öffentlicher Verwaltung.

Konkret umgesetzt wurden Maßnahmen zur Erhöhung der Väterbeteiligung im Rahmen der Einführung des neuen Kinderbetreuungsgeldes (KBG-Konto), wie die Gestaltung eines gezielt an Väter gerichteten Folders, der u. a. in Wartezimmern von Frauenärztinnen und Frauenärzten ausgelegt wurde, eine Postkartenkampagne („10 Uhr Teamsitzung? Nein, 10 Uhr Butterbrot in kleinen Stücken“) sowie bei der Gestaltung des Kinderbetreuungsgeld-Online-Rechners. Konkret implementiert wurde bei letzterem eine automatische Anzeige der Anzahl verfallender Tage bei Inanspruchnahme von nur einem Elternteil sowie eine Pop-up-Nachricht („Wussten Sie, dass derzeit schon fast jeder fünfte Vater Kinderbetreuungsgeld bezieht und dass zwei Drittel der Väter die gemeinsame Zeit mit

---

<sup>9</sup> Über die Projektgruppe hinaus wurden seitens des Ministeriums eine Reihe von Veranstaltungen mit verhaltensökonomischem Schwerpunkt angeboten, u. a. ein Symposium zum Thema „Rush-Hour des Lebens – Familie.Beruf.Generationen“, bei der die Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf von verschiedenen Fachleuten aus Wissenschaft und Praxis u. a. aus verhaltensökonomischer Perspektive beleuchtet wurde.

dem Kind als sehr positiv bzw. positiv erleben?“), welche u. a. auch die Vorteile eines abwechselnden Bezugs hervorhebt.

Um einen besseren Wiedereinstieg nach der Karenz zu ermöglichen und das Thema rechtzeitig in das Bewusstsein der Betroffenen zu rufen, wurden in Kooperation mit dem Arbeitsmarktservice Briefe an Kinderbetreuungsgeldbeziehende versendet, in denen über das Ende des Kinderbetreuungsgeldbezugs und Veranstaltungsangebote rund um das Thema Wiedereinstieg informiert wurde. Hier wurden drei unterschiedliche Versionen des Briefs, in denen jeweils unterschiedliche Aspekte hervorgehoben wurden, gegeneinander getestet. Bei einer vorläufigen Analyse der Daten konnten keine Unterschiede zwischen den Versionen des Briefs festgestellt werden, wobei eine tiefergehende Analyse aus Zeitgründen nicht durchgeführt werden konnte. Gespräche mit den Beteiligten deuten jedoch an, dass es in der Durchführung zu Problemen bei der Randomisierung kam, da bereits vor der Intervention systematische Unterschiede zwischen den Untersuchungsgruppen festgestellt wurden.

Verhaltensökonomische Erkenntnisse kamen außerdem bei der Gestaltung eines Informationsbriefs an Lehrbuchverantwortliche und Elternvereine zur Anwendung. Diese sollten angeregt werden, ein ergänzendes Angebot in Form von E-Books zur Steigerung der Medienkompetenz der Schülerinnen und Schüler in Anspruch zu nehmen. Des Weiteren wurde die Entwicklung des Bildungskompasses (umgesetzt als Pilot in Oberösterreich) unterstützt, der Fähigkeiten sowie Förderungsbedarf der Kinder in verschiedenen Bereichen dokumentiert und pädagogische Fachkräfte und Eltern bspw. beim Übergang vom Kindergarten in die Volksschule unterstützt. Zuletzt wurde auch die Frage diskutiert, wie Eltern dazu angeregt werden können, ihr Kind bereits vor dem verpflichtenden letzten Jahr im Kindergarten anzumelden. Verhaltensökonomisch optimiert wurde hierzu ein entsprechender Informationsbrief sowie das verpflichtende Beratungsgespräch mit Eltern von Kindern, die als 4-Jährige noch nicht im Kindergarten angemeldet waren, u. a. durch die Bereitstellung eines Gesprächsleitfadens, einer Checkliste sowie unterschiedlicher Informationsmaterialien für die Eltern.

Festzuhalten ist jedoch, dass die umgesetzten Maßnahmen (mit Ausnahme der Briefe zum Wiedereinstieg nach der Karenz, bei der es allerdings zu Ungenauigkeiten in der experimentellen Umsetzung kam) direkt umgesetzt und nicht experimentell getestet wurden. Da sich im Zeitraum der Implementation noch andere Faktoren geändert haben könnten (z. B. konjunkturelle oder gesellschaftliche Veränderungen), lässt sich nicht sagen, inwiefern die Maßnahmen tatsächlich den gewünschten Effekt erzielen konnten – selbst wenn sich eine Veränderung des Verhaltens beobachten lässt. Bei der Umsetzung verhaltensökonomischer Maßnahmen in der Zukunft bzw. grundsätzlich bei der Implementierung neuer Maßnahmen, bei denen wenige Erfahrungswerte vorliegen, ist es daher empfehlenswert, die Wirksamkeit in einem experimentellen Setting zu untersuchen. Randomisiert-kontrollierte Studien, bei denen eine zu untersuchende Stichprobe

zufällig in Kontroll- und Versuchsgruppe unterteilt wird, wobei die Versuchsgruppe der Maßnahme ausgesetzt wird, die Kontrollgruppe aber ein Placebo oder keine Maßnahme erhält, ermöglichen Aussagen zu treffen, ob die Maßnahme ursächlich zu der gewünschten Veränderung beitragen konnte.

### 3.2 Netzwerk „Unternehmen für Familien“

Auch im Rahmen des Netzwerks „Unternehmen für Familien“ kam es zur Anwendung und Umsetzung verhaltensökonomischer Erkenntnisse. Das Netzwerk bietet Unternehmen, Institutionen und Gemeinden, die Familienfreundlichkeit als zentralen Standort- und Wettbewerbsfaktor in ihr Portfolio aufnehmen möchten, eine Plattform zum Vernetzen, Erfahrungsaustausch und gegenseitigem Voneinander-Lernen, sowie die Möglichkeit, sich öffentlich zum Einsatz für mehr Familienfreundlichkeit zu bekennen, um als Vorbild in diesem Bereich wahrgenommen zu werden.<sup>10</sup> Bereits die Herangehensweise, Familienfreundlichkeit über ein freiwilliges Netzwerk anstatt bspw. über steuerliche Erleichterungen oder gesetzliche Regulierung zu fördern, kann für sich genommen als verhaltensökonomischer Ansatz gesehen werden, da es Signal- und Reputationsmechanismen fördert.

Darüber hinaus wurde auch bei der Rekrutierung von neuen Mitgliedern für das Netzwerk gezielt auf verhaltensökonomische Instrumente zurückgegriffen. So wurden Informationsschreiben, die zur Registrierung und Teilnahme am Netzwerk aufriefen mit Post-its für eine persönlichere Note (Garner 2005) sowie mit Hinweisen wie „Schon über x Unternehmen sind dabei“ versehen und es wurden die Vorteile der Teilnahme am Netzwerk kompakt und mit konkreten Zahlen untermauert präsentiert. Zudem wurde auf die Möglichkeit hingewiesen, im Rahmen der Netzwerkmitgliedschaft Auditangebote der Familie & Beruf Management GmbH wahrzunehmen und an Wettbewerben für den familienfreundlichsten Betrieb teilzunehmen, wobei der Weg zu diesem Ziel in klar definierten, leicht überwindbaren Schritten präsentiert wurde. Des Weiteren konnten Unternehmen in einer Onlinebefragung einen automatisierten Selbsttest durchführen, um darauf basierend individualisierte Empfehlungen zu erhalten, die auch weitere Schritte im Rahmen des Netzwerks „Unternehmen für Familien“ enthielten. Zuletzt wurden auch im Rahmen des Netzwerks Veranstaltungen mit verhaltensökonomischem Schwerpunkt angeboten, in denen von internationalen Fachleuten darüber informiert wurde, welchen Beitrag verhaltensökonomische Erkenntnisse in der Umsetzung familienfreundlicher Angebote innerhalb der teilnehmenden Unternehmen leisten können.

---

10 [www.unternehmen-fuer-familien.at/netzwerk/ueber-uns](http://www.unternehmen-fuer-familien.at/netzwerk/ueber-uns) (zugegriffen: 1.11.2019).

### 3.3 Forschungsprojekte und wissenschaftliche Publikationen

Insgesamt wurden im Zuge der beschriebenen Aktivitäten drei große verhaltensökonomische Studien im Bereich der Familien- und Jugendpolitik durchgeführt, die im Folgenden näher beschrieben werden. Das schweizerische Beratungsunternehmen FehrAdvice untersuchte im Rahmen einer Studie (Fehr et al. 2016) für das Bundesministerium für Familien und Jugend mögliche verhaltensökonomische Ansätze für eine Reform der verschiedenen Bezugsformen des Kinderbetreuungsgeldes. Beleuchtet wurde in Onlinebefragungen das Entscheidungsverhalten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Hinblick auf Dauer und Aufteilung der Bezugszeiten sowie die Sichtweise österreichischer Unternehmen. Basierend auf den Erkenntnissen der Befragung wurden verschiedene Maßnahmen vorgeschlagen, die zu einer mittel- und langfristigen Veränderung der gesellschaftlichen Rollenbilder beitragen sollen. Bestimmte Ergebnisse der Studie wurden in der Reform des Kinderbetreuungsgeldes berücksichtigt (bspw. der Partnerschaftsbonus bei einer gleichwertigen Aufteilung der Bezugsdauer oder die Umsetzung des pauschalen Kinderbetreuungsgeldes als Kontensystem), andere, wie die Reduktion der kürzesten Bezugsdauer im Hinblick auf die „Tendenz zur Mitte“ oder die Verwendung von Defaults und Ankerpunkten, wurden hingegen nicht berücksichtigt.

Eine weitere Studie im Auftrag für das Bundesministerium für Familien und Jugend, durchgeführt durch das Kompetenzzentrum für Verhaltensökonomie „Insight Austria“ in Kooperation mit FehrAdvice, setzt sich mit der Thematik des Rauchens bei Jugendlichen auseinander (vgl. Kapitel 2.2 für nähere inhaltliche Details). Die Studie beleuchtet das Phänomen des Rauchens zunächst aus verhaltensökonomischer Perspektive, insbesondere welche Wahrnehmungsverzerrungen dabei eine Rolle spielen, und analysiert bestehende Präventions- und Entwöhnungsmaßnahmen der ARGE Suchtvorbeugung sowie Sanktionsmaßnahmen bei Verstößen gegen das Jugendschutzgesetz. Die Studie gibt abschließend Handlungsempfehlungen, inwiefern die Maßnahmen in beiden Bereichen aus verhaltensökonomischer Sicht optimiert werden könnten, und empfiehlt, sowohl bereits existierende Maßnahmen als auch mögliche Anpassungen oder Vorschläge für neue Maßnahmen experimentell mithilfe von randomisiert-kontrollierten Studien zu evaluieren.

Zuletzt wurde in einem gemeinsamen Forschungsprojekt des Österreichischen Instituts für Familienforschung im Auftrag für die Familie & Beruf Management GmbH in Kooperation mit der Wirtschaftsuniversität Wien sowie dem Institut für Wirtschaftssoziologie der Universität Wien die Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf auf betrieblicher Ebene sowie der Väterbeteiligung aus verhaltensökonomischer Perspektive beleuchtet (Mazal et al. 2020). Nach einer umfassenden Literaturanalyse wurden im Rahmen von Fokusgruppeninterviews die Erfahrungen, Wünsche und Herausforderungen arbeitgebender Unternehmen sowie unselbstständig Beschäftigter in Österreich im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf analysiert. Basierend darauf wurden Vorschläge

für verhaltensökonomische Interventionen formuliert, deren Ziel es ist, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auf betrieblicher Ebene zu verbessern und die soziale Norm der ungleichen Aufteilung von Betreuungsaufgaben zu durchbrechen und so eine Erhöhung der Väterbeteiligung herbeizuführen (vgl. Abschnitt 2.1 für eine detaillierte Beschreibung der Interventionsvorschläge). Die Ergebnisse der Studie wurden auch im Rahmen einer ÖIF-Fachtagung der Öffentlichkeit vorgestellt, wobei die Präsentation der Ergebnisse durch zusätzliche Impulsreferate zu rechtlichen Rahmenbedingungen und Methoden der Verhaltenssteuerung (Wolfgang Mazal), sozialen Normen in der Familienpolitik (Martin Kocher) sowie Geschlechterunterschieden auf dem Arbeitsmarkt (Christiane Schwier) ergänzt wurde.

### 3.4 Ausblick

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass in den letzten Jahren viele Schritte in Richtung einer tiefergehenden Implementierung und Anwendung verhaltensökonomischer Erkenntnisse in der österreichischen Familienpolitik gesetzt wurden. Im Rahmen der dargelegten Studien wurden Erkenntnisse zusammengetragen, sodass zahlreiche Vorschläge für mögliche Implementierungen vorliegen. Auch die in Kapitel 2 zusammengetragenen Erkenntnisse und Maßnahmenvorschläge bieten Ansatzpunkte für die konkrete Umsetzung. Sinnvoll wäre es, auf den bereits gesetzten Schritten und den generierten Ergebnissen aufzubauen. Im Anschluss an einen partizipativ gestalteten Verfeinerungsprozess, der das Wissen und Know-how aller beteiligten Anspruchsgruppen miteinbezieht, sollte dann mit der systematischen Evaluierung im Rahmen von Labor- und Feldexperimenten und randomisiert-kontrollierten Studien begonnen werden, sodass die Maßnahmen – bei erfolgreicher Testung – langfristig großflächig umgesetzt werden können. Mit dem Kompetenzzentrum für Verhaltensökonomie „Insight Austria“, das letztendlich aus den in Kapitel 3.1 beschriebenen Aktivitäten heraus gegründet wurde, steht ein wissenschaftliches Gegenüber mit hohem Anwendungs- und Praxisbezug bereit, das die Gestaltung, Evaluierung und Umsetzung der Maßnahmen, in Kooperation mit anderen wissenschaftlichen Einrichtungen mit verhaltensökonomischem Schwerpunkt, unterstützen und wissenschaftlich begleiten kann.

# 4 Kritische Reflexion

Die vorausgegangene Analyse zeigt, dass verhaltensökonomische Erkenntnisse eine immer größere Beachtung und Verbreitung in der Erklärung menschlichen Handelns und der Gestaltung politischer Maßnahmen finden – besonders international, aber zunehmend auch in Österreich. Grundlage dafür ist ein immer breiteres Fundament an gesicherten wissenschaftlichen Erkenntnissen auf diesem Gebiet. Aufgrund des vergleichsweise kurzen Zeitraums der Umsetzung in die politische Praxis lohnt es sich, mit etwas Abstand die Wirkweise und Auswirkungen des Ansatzes und seiner Methode zu hinterfragen. Zu betrachten sind hier auf der einen Seite die Bedenken seitens Politik und Verwaltung als Anwendende, auf der anderen Seite die Bedenken der adressierten Bürgerinnen und Bürger. Seitens der Politik kann hinterfragt werden, wie wirksam der Einsatz verhaltensökonomischer Instrumente wirklich ist, inwiefern diese bestehenden Politikinstrumente ersetzen oder ergänzen können, sowie, ob und in welchem Kontext die Anwendung sinnvoll sein kann. Aus der Perspektive der Adressierten stellt sich die Frage, was die verhaltensökonomische Perspektive und der Einsatz entsprechender Instrumente für das Verhältnis zwischen Bürgerinnen und Bürgern und dem Staat bedeutet. Der Verhaltensökonomie bzw. insbesondere der Einsatz von Nudging-Instrumenten (die eine Teilmenge verhaltensökonomischer Maßnahmen bilden) wird häufig ein problematisches Menschenbild vorgeworfen, das die Bürgerin bzw. den Bürger als leicht manipulierbares Wesen sieht, das ohne unterstützende „Schubser“ nicht in der Lage ist, eigenständig gute Entscheidungen zu treffen. Ein weiterer Vorwurf lautet, dass die Methode aufgrund dieser entmündigenden Perspektive paternalistische Verhaltensmanipulation seitens des Staates nicht nur rechtfertigt, sondern geradezu fordert (z. B. Schnellenbach 2016). In diesem Kapitel soll auf beide Vorbehalte eingegangen werden.

## 4.1 Wirksamkeit verhaltensökonomischer Maßnahmen

Politikinstrumente werden eingesetzt, um gesellschaftlich bzw. demokratisch definierte Ziele politisch umzusetzen. Eine Erweiterung des Spektrums der zur Verfügung stehenden Instrumente kann grundsätzlich nur begrüßt werden, für die politisch Handelnden ist letztendlich ausschlaggebend, wie wirksam die niederschweligen, verhaltensökonomischen Maßnahmen in der Praxis tatsächlich sind.

Im Hinblick auf die Wirksamkeit ist es zunächst wichtig, darauf hinzuweisen, dass sich verhaltensökonomische Maßnahmen (im Gegensatz zu vielen anderen politischen Maßnahmen) dadurch auszeichnen, dass sie in nahezu allen Fällen einer rigorosen experimentellen Evaluierung unterzogen werden, die es überhaupt erst ermöglicht, die Wirksamkeit der Maßnahme zu überprüfen und im Idealfall sogar zu quantifizieren. Zurückzuführen



ist dieser Umstand u. a. auf die Nähe der Verhaltensökonomie zur experimentellen Ökonomie, die im wissenschaftlichen Kontext oft in einem Atemzug genannt werden (im englischen Sprachraum bspw. „behavioral and experimental economics“). So basieren die Erkenntnisse der Verhaltensökonomie fast ausschließlich auf der Generierung von experimentellen Daten. Experimentelle Herangehensweisen, wie sie gewöhnlich in den Naturwissenschaften angewandt werden, beruhen in den Verhaltenswissenschaften auf den Prinzipien der Kontrolle, der Ceteris-paribus-Variation und der Randomisierung und stellen dadurch sicher, dass kausale Schlüsse gezogen werden können.<sup>11</sup> Doch auch wenn bereits Feldexperimente durchgeführt wurden, lassen sich Untersuchungsergebnisse aus einem anderen Land oder Politikbereich nicht zwingend auf andere Bereiche übertragen. Aus diesem Grund ist es ratsam, auch Maßnahmen, die sich in einem anderen Kontext bereits als wirksam erwiesen haben, vor der großflächigen Implementierung nochmals eigenständig durch Feldexperimente in Form von Pilotprojekten zu überprüfen.<sup>12</sup> Dadurch lässt sich nicht nur die Unsicherheit bezüglich der Wirkungsweise reduzieren, auch können aufgrund der raschen Umkehrbarkeit der Maßnahmen allenfalls kontraproduktive Auswirkungen verhindert werden.

Die Wirksamkeit verhaltensökonomischer Maßnahmen kann somit durch experimentelle Überprüfung im Voraus sichergestellt werden. Verhaltensökonomische Maßnahmen sollen dennoch keinen Ersatz klassischer Politikinstrumente darstellen. Dies liegt zum einen daran, dass auch eine verhaltensökonomische Analyse nicht notwendigerweise nur niederschwellige Maßnahmen impliziert, sondern diese durchaus eine Empfehlung klassischer Lenkungsinstrumente, wie Strafen, Subventionen oder anderen monetären Anreizen, zur Folge haben kann. Andererseits sollten auch die niederschweligen Maßnahmen bzw. „Nudges“, für welche die Verhaltensökonomie insbesondere bekannt geworden ist, eher als Ergänzung zu vorhandenen Politikinstrumenten verstanden werden. Insbesondere bei starken individuellen Präferenzen oder monetären Anreizen entfalten

---

11 Grundsätzlich erfolgt in einem Experiment eine zufällige Unterteilung der zu untersuchenden Stichprobe in Kontroll- und Versuchsgruppe, wobei die Versuchsgruppe der zu untersuchenden Maßnahme ausgesetzt wird, während die Kontrollgruppe ein Placebo erhält bzw. nicht der Maßnahme ausgesetzt wird. Durch einen statistischen Vergleich des Verhaltens in den beiden Gruppen lassen sich so Rückschlüsse auf die Wirksamkeit der Maßnahme ziehen. Laborexperimente, bei denen menschliches Entscheidungsverhalten in einem eher abstrakten, stark kontrollierten Umfeld untersucht wird, weisen einen hohen Grad an interner Validität auf, d. h. es besteht die Möglichkeit, die kausalen Zusammenhänge zwischen zwei Variablen statistisch eindeutig zu überprüfen. Externe Validität, also die Übertragbarkeit der gewonnenen Erkenntnisse auf andere Versuchsgruppen oder Entscheidungssituationen, ist hingegen bei Feldexperimenten, in denen Erkenntnisse aus der abstrakten Laborsituation im Feld überprüft werden können, deutlich höher.

12 Dies gilt nicht nur für verhaltensökonomische Maßnahmen, sondern grundsätzlich für alle politischen Maßnahmen. Auch bei Steuern, finanziellen Förderungen oder anderen Programmen ist oft unklar, ob diese tatsächlich den gewünschten Lenkungseffekt erzielen und nicht unerwünschte Nebenwirkungen mit sich bringen. Auch hier kann eine experimentelle Überprüfung im Rahmen einer randomisiert-kontrollierten Studie Klarheit verschaffen und zu einer Optimierung der Maßnahmen beitragen.

niederschwellige Maßnahmen oft nur eine vergleichsweise geringe Wirkung (die jedoch – insbesondere in Anbetracht oft geringer Kosten der Maßnahmen – durchaus effizient und effektiv sein kann). Der ausschließliche Einsatz von niederschweligen Maßnahmen ist besonders dann sinnvoll, wenn Alternativen starke Kehrseiten mit sich bringen oder einen zu umfangreichen Einschnitt in die individuelle Wahlfreiheit implizieren würden. Für diesen Einsatz ist jedoch wichtig, die Makro-Ebene nicht aus den Augen zu verlieren, da die marginale Wirksamkeit von niederschweligen Maßnahmen durch vermehrte Anwendung abnimmt. Das bedeutet, dass bspw. personalisierte Textnachrichten nicht denselben Wirkungsgrad entfalten werden können, wenn sie nicht bewusst und zielgerichtet, sondern inflationär eingesetzt werden.

## 4.2 Ethische Betrachtung des verhaltensökonomischen Ansatzes

Die Würde des Menschen und die sich daraus ergebende individuelle Autonomie sind zentrale Elemente eines demokratischen Rechtsstaats. Für dessen Funktionalität und Selbstverständnis wäre es daher höchst problematisch, wenn die Politik Menschenwürde und Autonomie nicht achten und die Bürgerinnen und Bürger als hilfsbedürftig und unmündig betrachten würde. Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Vorwurf der Manipulation und dem zugrundeliegenden Menschenbild der Anwendung verhaltensökonomischer Erkenntnisse in der Politik ist deshalb unbedingt notwendig. Zunächst stellt sich jedoch die Frage, inwiefern sich Nudging und verhaltensökonomische Ansätze von anderen Ansätzen der Politikgestaltung unterscheiden, die ebenfalls verhaltenssteuernd eingesetzt werden können.

Wie für andere Politikinstrumente gilt auch für verhaltensökonomische Ansätze, dass die Definition des Lenkungsziels aus einem demokratischen Prozess hervorgehen und die zur Anwendung kommenden Instrumente politisch gerechtfertigt und transparent kommuniziert werden müssen. Hiergegen gibt es aus wissenschaftlicher Perspektive und im Hinblick der Wirksamkeit der Maßnahmen keine Bedenken. Studien zeigen, dass öffentliche Informationen über Ziel und die zugrundeliegenden Wirkmechanismen von verhaltensökonomischen Maßnahmen, bspw. von Defaults, deren Effektivität nicht einschränken (Loewenstein et al. 2015). Dem Vorwurf der Manipulation kann also bedenkenlos durch einen möglichst hohen Grad an Transparenz entgegengewirkt werden. Zudem ist gerade bei Maßnahmen, bei denen die Vermittlung von Informationen im Mittelpunkt steht, Transparenz bereits ein inhärenter Bestandteil der Maßnahme selbst.

Des Weiteren sollte in diesem Zusammenhang festgehalten werden, dass der Status quo einer geregelten Situation, auch ohne den gezielten Einsatz eines Defaults, Verhalten beeinflusst und sich negativ auf die sich entscheidenden Individuen auswirken kann. Gerade ein historisch gewachsener Status quo, wie die ungleiche Aufteilung von Betreu-

ungs- und Erwerbsarbeit, kann sich negativ auf die individuelle Entscheidungsfreiheit und Autonomie auswirken. Der gezielte Einsatz von verhaltensökonomischen Instrumenten kann hier helfen, einen Gegenpol zu setzen und zu einer Veränderung der sozialen Norm beitragen. Häufig geht es bei vorgeschlagenen Maßnahmen gerade auch um die Auflösung eines verhaltensverzerrenden Ausgangspunktes, indem die Betroffenen zu einer aktiven Entscheidung angeregt bzw. gefordert werden, wodurch Autonomie gefördert und bestehende Normen hinterfragt werden. Im Prinzip könnte man umgekehrt auch das Ignorieren vorhandener Verzerrungen durch den Status quo als implizite Manipulation sehen. Relevant ist letztlich, dass trotz der veränderten Entscheidungsarchitektur den Bürgerinnen und Bürgern, gerade bei niederschweligen Maßnahmen, die endgültige Entscheidung selbst überlassen ist.

In der Beurteilung verhaltensökonomischer Maßnahmen ist entscheidend, zu welchen anderen Politikinstrumenten sie eine Alternative darstellen. Das generelle Verbot einer Handlung stellt bspw. einen tieferen Einschnitt in die individuelle Autonomie dar als eine verhaltensökonomische Maßnahme und kann in gewisser Weise ebenfalls als manipulierend bezeichnet werden. Durch eine niederschwellige Maßnahme kann es gelingen, im Durchschnitt das Lenkungsziel zu erreichen, bei gleichzeitiger Beibehaltung der prinzipiellen Wahlfreiheit, was Menschen zugutekommt, die eine besonders starke Präferenz gegen die Maßnahme haben. Gerade in diesem Vorteil liegt jedoch auch eine potenzielle Gefahr verhaltensökonomischer Maßnahmen. Unter dem Deckmantel der prinzipiellen Entscheidungsfreiheit könnten Anreize gesetzt werden, die politisch sonst nicht umsetzbar gewesen wären. Es ist denkbar, dass entweder stark paternalistische Maßnahmen zu leicht umgesetzt oder zu wenig weitreichende Maßnahmen implementiert werden. Hier sind wiederum eine transparente Vorgehensweise und ein Einbezug der Auswahl des Instruments in den politischen Diskurs und die demokratische Entscheidungsfindung unerlässlich.

Grundsätzlich stellen verhaltensökonomische Instrumente eines von vielen Werkzeugen der Politikgestaltung dar, deren Vor- und Nachteile im jeweiligen Kontext im Vergleich zu anderen Instrumenten beurteilt werden müssen. In manchen Bereichen wird diese Beurteilung zu dem Ergebnis kommen, dass andere Instrumente wie Steuern oder Verbote geeigneter sind, ein bestimmtes Lenkungsziel zu erreichen (niemand wird bspw. ernsthaft Kriminalität ausschließlich mit niederschweligen, verhaltensökonomischen Maßnahmen bekämpfen). Dies kann grundsätzlich auch dann der Fall sein, wenn verhaltensökonomische Faktoren in der Problemanalyse eine Rolle spielen. In vielen Fällen stellen verhaltensökonomische Maßnahmen aber eine sinnvolle Ergänzung oder Alternative zu traditionellen Maßnahmen dar, die helfen können, bestimmte Ziele effektiv und effizient zu erreichen und gleichzeitig ein hohes Maß an individueller Entscheidungsfreiheit beizubehalten.

# 5 Zusammenfassung

Vor gut zehn Jahren implementierte der britische Premierminister David Cameron weltweit die erste Institution mit dem Ziel, verhaltensökonomische Erkenntnisse systematisch für die Politik nutzbar zu machen. Die Arbeitsweise des Behavioural Insights Teams in der Downing Street 10 basierte auf zwei zentralen Aspekten: Erstens, das Design von politischen Maßnahmen sollte, wenn immer möglich, auf modernen wissenschaftlichen Erkenntnissen aus den Verhaltenswissenschaften beruhen, um potenzielle Entscheidungsfehler und -unvollkommenheiten von Entscheidenden weitgehend berücksichtigen und ex ante minimieren zu können. Zweitens, die entwickelten Maßnahmen sollten, wenn immer möglich, rigorosen Tests – sogenannten randomisiert-kontrollierten Studien – unterworfen werden, die auf dem Grundprinzip medizinischer Experimente beruhen. Dabei gibt es Treatment-Gruppen, die den verschiedenen Ausgestaltungen der Maßnahme ausgesetzt werden, und eine Kontroll- bzw. Placebogruppe. Unterschiede zwischen der Kontrollgruppe und zwischen den Treatment-Gruppen können bei randomisierter Zuordnung zu den Gruppen kausal auf die verschiedenen Maßnahmen zurückgeführt werden. Sind die verschiedenen Maßnahmen klug ausgestaltet, erlaubt der Vergleich zwischen den Gruppen auch einen Rückschluss auf die zugrundeliegenden Verhaltensmechanismen. Dadurch kann es der Designerin bzw. dem Designer von Maßnahmen gelingen, die Maßnahmen so zu gestalten, dass möglichst optimale Entscheidungen getroffen werden, im Idealfall sogar jeweils optimiert für die spezifischen Gruppen von Entscheidenden.

Mittlerweile sind mehrere Dutzend ähnliche verhaltensökonomische Institutionen der öffentlichen Hand in der ganzen Welt gegründet worden; zum Teil als Abteilung in der Regierung oder einem Ministerium, zum Teil an Forschungsinstituten und an Universitäten. Die OECD, die EU-Kommission und die Weltbank bedienen sich systematisch verhaltensökonomischer Expertise bei der Ausgestaltung von politischen Maßnahmen. Mehrere hundert, wenn nicht tausende Maßnahmen wurden implementiert und experimentell untersucht, wobei die Bandbreite der Maßnahmen von der optimalen Anreizsetzung in komplexen Fördersystemen bis hin zur optimalen Gestaltung von Informationsbriefen reicht. Besonders gut untersucht sind die Steuer- und die Förderpolitik, die Gesundheitspolitik und die Anreizsetzung im öffentlichen Bereich. Im Jahr 2017 wurde mit Richard Thaler einer der Gründungsväter der Anwendung verhaltensökonomischer Erkenntnisse in der Praxis mit dem Wirtschaftsnobelpreis ausgezeichnet. Auch der Preis im Jahr 2019 an Abhijit Banerjee, Esther Duflo und Michael Kremer für die Verwendung von Feldexperimenten und experimentellen Ansätzen zur Überprüfung von Maßnahmen zur Armutsbekämpfung steht in einem engen Zusammenhang mit den Inhalten dieses Beitrags und unterstreicht die immer wieder hervorgehobene Wichtigkeit der experimentellen Evaluierung von Maßnahmen.

Es überrascht, dass gerade die Familienpolitik ein Feld ist, in dem verhaltensökonomische Konzepte bisher vielfach nur implizit angewendet wurden. Dabei werden von Familien, zum einen, besonders bedeutende und besonders langfristige Entscheidungen getroffen, und zum anderen spielen soziale Normen und andere Einflussfaktoren, die abseits der traditionellen ökonomischen Theorie stehen, bei vielen wichtigen Familienentscheidungen eine zentrale Rolle.

Der vorliegende Beitrag untersucht für ausgewählte Aspekte, welche konstruktive Rolle verhaltensökonomische Erkenntnisse für die Gestaltung und Evaluation von politischen Maßnahmen der Familienpolitik spielen können bzw. könnten. Dabei geht es einerseits um die konkrete Ausgestaltung von Maßnahmen in Österreich und andererseits um die „Experimentierfähigkeit“ politischer Willensbildung, die eine entscheidende Voraussetzung für die evidenzbasierte Anwendung verhaltensökonomischer Konzepte darstellt.

Österreich hat in der Anwendung verhaltensökonomischer Maßnahmen in der Familienpolitik eine Vorreiterrolle eingenommen. Wir dokumentieren diese Vorreiterrolle und diskutieren im Rahmen dieses Beitrags, in welchen Bereichen die Verhaltensökonomie weitere Optimierungen familienpolitischer Maßnahmen unterstützen könnte. Dazu zählen die Väterbeteiligung bei der Kindererziehung bzw. das Pensionssplitting, die Prävention bei der Bekämpfung von Risikofaktoren bei Jugendlichen, die Rolle der Verhaltensökonomie bei der Integration von Familien mit Migrationshintergrund und die Unterstützung der frühkindlichen Entwicklung. Für jeden dieser Aspekte diskutieren wir konkrete Maßnahmen aus verhaltensökonomischer Perspektive, die randomisiert-kontrollierten Studien unterzogen werden könnten. Bei den Maßnahmen handelt es sich zum Teil um Maßnahmen in ähnlichen Entscheidungssituationen, die schon im Ausland getestet wurden, zum Teil um theoretische Konzepte, die man auf die oben genannten familienpolitischen Aspekte anwenden kann. In jedem Fall erscheint die Übertragung der Erkenntnisse auf Österreich möglich, aber nicht gesichert, weil gerade in der Familienpolitik normative Vorstellungen stark durch die Kultur und Geschichte eines Landes bzw. einer Bevölkerungsgruppe geprägt werden und daher Übertragungen vorsichtig erfolgen sollten.

Möglichkeiten der Anwendung verhaltensökonomischer Erkenntnisse in der österreichischen Familienpolitik gibt es viele. Die Herausforderung bei der Anwendung ist die systematische Umsetzung von randomisiert-kontrollierten Studien, um die Wirksamkeit der Maßnahmen zu garantieren. Dafür braucht es das geeignete Instrumentarium und die Unterstützung durch Politik und Verwaltung. Hinzu kommt die Einschätzung über die externe Validität dieser Studien (selten werden sie in einem vollständig repräsentativen Rahmen durchgeführt werden können) und v.a. deren Skalierbarkeit auf ganz Österreich. Schließlich muss es der verhaltensökonomische Ansatz noch besser schaffen, die Synergien mit bestehenden standardökonomischen, sozialwissenschaftlichen und juristischen Ansätzen aufzugreifen. Der Sache ist nicht geholfen, wenn es eine weitere politikrelevante wissenschaftliche Disziplin gibt, die mit Scheuklappen an die relevanten Fragen herangeht.

## Literaturverzeichnis

- Albrecht, James; Bronson, Mary A.; Thoursie, Peter S.; Vroman, Susan (2018):** The career dynamics of high-skilled women and men: Evidence from Sweden. In: *European Economic Review*, Jg. 105, S. 83–102.
- Allan, Grant; Comerford, David; McGregor, Peter (2019):** The system-wide impact of healthy eating: assessing emissions and economic impacts at the regional level. In: *Food Policy*, Jg. 86.
- Ashraf, Nava; Karlan, Dean; Wesley Yin (2006):** Tying Odysseus to the Mast: Evidence From a Commitment Savings Product in the Philippines. In: *The Quarterly Journal of Economics*, Jg. 121, H. 2, S. 635–672.
- Aslund, Olof; Edin, Per-Anders; Fredriksson, Peter; Grönqvist, Hans (2011):** Peers, Neighborhoods and Immigrant Student Achievement: Evidence from a Placement Policy. In: *American Economic Journal: Applied Economics*, Jg. 3, H. 2, S. 67–95.
- Atwell, Rebecca; Gifford, Sandra M.; Wilmsen, Brooke (2009):** Resettled Refugee Families and Their Children's Futures: Coherence, Hope and Support. In: *Journal of Comparative Family Studies*, Jg. 40, H. 5, S. 677–697.
- Bailey, Martha J.; Dynarski, Susan M. (2011):** Gains and gaps: Changing inequality in US college entry and completion. National Bureau of Economic Research Working Paper, 17633.
- Becker, S. Gary; Murphy, Kevin (1988):** A theory of rational addiction. In: *Journal of Political Economy*, Jg. 96.
- Benartzi, Shlomo; Beshears, John; Milkman, Katherine L.; Sunstein, Cass R.; Thaler, Richard H.; Shankar, Maya; Tucker-Ray, Will; Congdon, William J.; Galing, Steven (2017):** Should governments invest more in nudging? In: *Psychological Science*, Jg. 28, H. 8, S. 1041–1055.
- Benton, Meghan; Silva, Antonio; Somerville, Will (2018):** Applying behavioral insights to support immigrant integration and social cohesion. Brüssel: Migration Policy Institute Europe.
- Bergman, Peter; Edmond-Verley, Chana; Notario-Risk, Nicole (2018):** Parent skills and information asymmetries: Experimental evidence from home visits and text messages in middle and high schools. In: *Economics of Education Review*, Jg. 66, S. 92–103.
- Bettinger, Eric P.; Long, Bridget T.; Oreopoulos, Philip; Sanbonmatsu, Lisa (2012):** The Role of Application Assistance and Information in College Decisions: Results from the H&R Block Fafsa Experiment. In: *Quarterly Journal of Economics*, Jg. 12, H. 3, S. 1205–1242.
- Blount, Sally; Bazerman, Max H. (1996):** The inconsistent evaluation of absolute versus comparative payoffs in labor supply and bargaining. In: *Journal of Economic Behavior & Organization*, Jg. 30, H. 2, S. 227–240.
- Brito, Natalie H.; Fifer, William P.; Myers, Michael M.; Elliott, Amy J.; Noble, Kimberly G. (2016):** Associations among family socioeconomic status, EEG power at birth, and cognitive skills during infancy. In: *Developmental cognitive neuroscience*, Jg. 19, S. 144–151.
- Buchebner-Ferstl, Sabine; Baierl, Andreas; Kapella, Olaf; Schipfer, Rudolf K. (2011):** Erreichbarkeit von Eltern in der Elternbildung. Österreichisches Institut für Familienforschung, Forschungsbericht Nr. 8.
- Burtless, Gary (1995):** The case for randomized field trials in economic and policy research. In: *Journal of Economic Perspectives*, Jg. 9, H. 2, S. 63–84.
- Cameron, Lisa; Shah, Manisha (2015):** Risk-taking behavior in the wake of natural disasters. In: *Journal of Human Resources*, Jg. 50, H. 2, S. 484–515.
- Casey, Betty J.; Jones, Rebecca M. (2010):** Neurobiology of the adolescent brain and behavior: implications for substance use disorders. In: *Journal of American Academy of Child Adolescent Psychiatry*, Jg. 49, H. 12, S. 1189–1201.
- Cawley, John (2010):** The Economics of Childhood Obesity. In: *Health Affairs*, Jg. 29, H. 3, S. 364–371.

- Chandon, Pierre; Wansink, Brian (2007):** The biasing health halos of fast-food restaurant health claims: lower calorie estimates and higher side-dish consumption intentions. In: *Journal of Consumer Research*, Jg. 34, H. 3, S. 301–314.
- Chapman, Gretchen B.; Li, Meng; Colby, Helen; Yoon, Haewon (2010):** Opting in vs opting out of influenza vaccination. In: *Journal of the American Medical Association*, Jg. 304, H. 1, S. 43–44.
- Chiswick, Barry R.; Lee, Yew L.; Miller, Paul W. (2005):** Parents and Children Talk: English Language Proficiency within Immigrant Families. In: *Review of Economics of the Household*, Jg. 3, H. 3, S. 243–268.
- Cody, Scott; Perez-Johnson, Irma; Joyce, Kristen (2015):** Administrative experiments: Unlocking what works better and what works for whom. In: *American Journal of Evaluation*, Jg. 36, H. 4, S. 547–557.
- Damgaard, Mette T.; Nielsen, Helena S. (2018):** Nudging in education. In: *Economics of Education Review*, Jg. 64, S. 313–342.
- Deck, Cary; Jahedi, Salar (2015):** The effect of cognitive load on economic decision making: A survey and new experiments. In: *European Economic Review*, Jg. 78, S. 97–119.
- Doss, Christopher; Fahle, Erin M.; Loeb, Susanna; York, Benjamin N. (2019):** More Than Just a Nudge. Supporting Kindergarten Parents with Differentiated and Personalized Text Messages. In: *Journal of Human Resources*, Jg. 54, H. 3, S. 567–603.
- Dowray, Sunaina; Swartz, Jonas J.; Braxton, Danielle; Viera, Anthony J. (2013):** Potential effect of physical activity-based menu labels on the calorie content of selected fast food meals. In: *Appetite*, Jg. 62, S. 173–181.
- Dweck, Carol S. (2006):** *Mindset: The new psychology of success*. New York: Random House Digital, Inc.
- Ekberg, John; Eriksson, Rickard; Friebel, Guido (2013):** Parental Leave – A Policy Evaluation of the Swedish “Daddy-Month” Reform. In: *Journal of Public Economics*, Jg. 97, S. 131–143.
- Esser, Hartmut (2006):** *Sprache und Integration: Konzeptionelle Grundlagen und empirische Zusammenhänge*. KMI Working Paper Series, Working Paper Nr. 7, Wien: Kommission für Migrations- und Integrationsforschung, Österreichische Akademie der Wissenschaften.
- Fehr, Ernst; Fischbacher, Urs (2004):** Social Norms and Human Cooperation. In: *Trends in Cognitive Science*, Jg. 8, H. 4.
- Fehr, Gerhard; Kamm, Alain; Eichhorn, Daniela; Scholderer, Joachim (2016):** *Vereinbarkeit von Familie & Beruf in Österreich. Eine verhaltensökonomische Studie*. Zürich: Fehr-Advice & Partners AG. (unveröffentlicht)
- Felfe, Christina; Kocher, Martin G.; Rainer, Helmut; Saurer, Judith; Siedler, Thomas (2018):** More Opportunity, More Cooperation? The Behavioral Effects of Birthright Citizenship on Immigrant Youth, CESifo Working Paper, No. 6991, Munich: Center for Economic Studies and Ifo Institute (CESifo).
- Fernald, Anne; Marchman, Virginia A.; Weisleder, Adriana (2013):** SES differences in language processing skill and vocabulary are evident at 18 months. In: *Developmental science*, Jg. 16, H. 2, S. 234–248.
- Flores, Jorge F. F. (2015):** Using gamification to enhance second language learning. In: *Digital Education Review*, Jg. 27, S. 32–54.
- Fooken, Jonas; Hemmelgarn, Thomas; Herrmann, Benedikt (2015):** Improving VAT compliance—random awards for tax compliance. *Taxation Papers No. 51*. Directorate General Taxation and Customs Union, European Commission.
- Forget-Dubois, Nadine; Dionne, Ginette; Lemelin, Jean-Pascal; Pérusse, Daniel; Tremblay, Richard E.; Boivin, Michel (2009):** Early child language mediates the relation between home environment and school readiness. In: *Child development*, Jg. 80, H. 3, S. 736–749.
- Garner, Randy (2005):** Post-it® Note Persuasion: A sticky influence. In: *Journal of Consumer Psychology*, Jg. 15, H. 3, S. 230–237.

- Gennetian, Lisa A.; Marti, Maria; Kennedy, Joy L.; Kim, Jin H.; Duch, Helena (2019):** Supporting parent engagement in a school readiness program: Experimental evidence applying insights from behavioral economics. In: *Journal of Applied Developmental Psychology*, H. 62, S. 1–10.
- Goldfarb, Avi; McDevitt, Ryan C.; Samila, Sampsa; Silverman, Brian S. (2015):** The effect of social interaction on economic transactions: Evidence from changes in two retail formats. In: *Management Science*, Jg. 61, H. 12, S. 2963–2981.
- Grote, Nora; Klausmann, Tim; Scharfbillig, Mario (2019):** Preference for Identification in the Field – Nudging Refugees’ Integration Effort. Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Working Papers, 1905.
- Guryan, Jonathan; Hurst, Erik; Kearney, Melissa (2008):** Parental education and parental time with children. In: *The Journal of Economic Perspectives*, Jg. 22, H. 3, S. 23–46.
- Hacohen, Rony; Likki, Tiina; Londakova, Kristina; & Rossiter, Joanne (2018):** Return to work: parental decision making. Government Equalities Office, UK. Research report.
- Hainmueller, Jens; Hangartner, Dominik; Pietrantuono, Giuseppe (2017):** Catalyst or Crown: Does Naturalization Promote the Long-Term Social Integration of Immigrants? In: *American Political Science Review*, Jg. 111, H. 2, S. 256–276.
- Harakeh, Zeena; de Boer, Anouk (2019):** The effect of active and passive peer encouragement on adolescent risk-taking. In: *Journal of Adolescence*, Jg. 71, S. 10–17.
- Harrison, Glenn W.; List, John A. (2004):** Field experiments. In: *Journal of Economic Literature*, Jg. 42, H. 4, S. 1009–1055.
- Hart, Betty; Risley, Todd R. (1995):** Meaningful differences in the everyday experience of young American children. Baltimore: Paul H Brookes Publishing.
- Heckman, James J. (2008):** The case for investing in disadvantaged young children. In: CESifo DICE Report, 1613–6373, Jg. 6, H. 2, S. 3–8.
- Hodson, Randy; Dwyer, Rachel E. (2014):** Financial Behavior, Debt, and Early Life Transitions: Insights from the National Longitudinal Survey of Youth, 1997 Cohort. Final Report for the National Endowment for Financial Education.
- Hofmeyr, Andre; Ainslie, George; Charlton, Richard; Ross, Don (2011):** The relationship between addiction and reward bundling: an experiment comparing smokers and non-smokers. In: *Addiction*, Jg. 106, H. 2, S. 402–409.
- Hotard, Michael; Lawrence, Duncan; Laitin, David D.; Hainmueller, Jens (2019):** A low-cost information nudge increases citizenship application rates among low-income immigrants. In: *Nature Human Behaviour*, Jg. 3, S. 678–683.
- Hoxby, Caroline; Turner, Sarah (2015):** What high-achieving low-income students know about college. In: *American Economic Review*, Jg. 105, H. 5, S. 514–517.
- Hume, Susannah; O’Reilly, Fionnuala; Groot, Bibi.; Chande, Raj; Sanders, Michael; Hollingsworth, Andy; Meer, Janna T.; Barnes, Jessica; Booth, Samantha; Kozman, Eliza; Soon, Xian-Zhi (2018):** Improving engagement and attainment in maths and English courses: insights from behavioural research. Department for Education, Manchester, Research Report, RR756.
- Hurwitz, Lisa B.; Lauricella, Alexis R.; Hanson, Ann; Raden, Anthony; Wartella, Ellen (2015):** Supporting Head Start parents: impact of a text message intervention on parent–child activity engagement. In: *Early Child Development and Care*, Jg. 185, H. 9, S. 1373–1389.
- Häckl, Simone; Kocher, Martin G.; Sonntag, Axel; Spitzer, Florian (2019):** Pensionsreformansätze aus verhaltensökonomischer Sicht. Unveröffentlichter IHS-Projekt-Bericht. Institut für Höhere Studien, Wien.
- Ishii, Keiko; Charis, Eisen; Hitokoto, Hidefumi (2017):** The effects of social status and culture on delay discounting. In: *Japanese Psychological Research*, Jg. 59, H. 3, S. 230–237.
- Isphording, Ingo E. (2015):** What drives the language proficiency of immigrants? *IZA World of Labor* 2015: 177.



- Kachelmeier, Steven J.; Shehata, Mohamed (1992):** Examining risk preferences under high monetary incentives: Experimental evidence from the People's Republic of China. In: *The American Economic Review*, S. 1120–1141.
- Kahneman, Daniel (1992):** Reference points, anchors, norms, and mixed feelings. In: *Organizational Behavior and Human Decision Processes*, Jg. 51, H. 2, S. 296–312.
- Kahneman, Daniel; Tversky, Amos (1979):** Prospect Theory: An Analysis of Decision under Risk. *Econometrica*, Jg. 47, H. 2, S. 263–291.
- Kaindl, Markus; Schipfer, Rudolf K. (2018):** Familien in Zahlen 2018. Statistische Informationen zu Familien in Österreich. Österreichisches Institut für Familienforschung (ÖIF). [ucris.univie.ac.at/portal/de/publications/familien-in-zahlen-2018\(d6ab8d12-d748-41fe-b0bd-c802a5364270\).html](https://ucris.univie.ac.at/portal/de/publications/familien-in-zahlen-2018(d6ab8d12-d748-41fe-b0bd-c802a5364270).html) (zugegriffen am: 20.12.2019)
- Kaplan, Brent A.; Reed, Derek D.; Jarmolowicz, David P. (2015):** Effects of episodic future thinking on discounting: personalized age-progressed pictures improve risky long-term health decisions. In: *Journal of Applied Behavior Analysis*, Jg. 49, H. 1, S. 148–169.
- Kleven, Henrik; Landais, Camille; Posch, Johanna; Steinhauer, Andreas; Zweimüller, Josef (2019):** Child Penalties across Countries: Evidence and Explanations. National Bureau of Economic Research Working Paper, 25524.
- Kocher, Martin G.; Scherrer, Johannes; Bauer, Christian; Gatter, Karoline; Sonntag, Axel; Czypionka, Thomas (2018):** Rauchen bei Jugendlichen: Verhaltensökonomisch basierte Maßnahmenevaluation. Projektbericht im Auftrag des Bundesministeriums für Familien und Jugend.
- Laibson, David (1997):** Golden eggs and hyperbolic discounting. In: *The Quarterly Journal of Economics*, Jg. 112, H. 2, S. 443–477.
- Lien, Jaimie W.; Zheng, Jie (2018):** Are work intensity and healthy eating substitutes? Field evidence on food choices under varying workloads. In: *Journal of Economic Behavior & Organization*, Jg. 145, S. 370–401.
- List, John A.; Samek, Anya; Suskind, Dana L. (2018):** Combining behavioral economics and field experiments to reimagine early childhood education. In: *Behavioural Public Policy*, Jg. 2, H. 1, S. 1–21.
- Loewenstein, George; Bryce, Cindy; Hagmann, David; Rajpal, Sachin (2015):** Warning: You are about to be nudged. *Behavioral Science & Policy*, Jg. 1, H. 1, S. 35–42.
- Madrian, Brigitte C.; Shea, Dennis F. (2001):** The power of suggestion: Inertia in 401 (k) participation and savings behavior. In: *The Quarterly Journal of Economics*, Jg. 116, H. 4, S. 1149–1187.
- Mayer, Susan E.; Kalil, Ariel; Oreopoulos, Philip; Gallegos, Sebastian (2019):** Using behavioral insights to increase parental engagement: The parents and children together intervention. In: *Journal of Human Resources*, Jg. 54, H. 4, S. 900–925.
- Mazal, Wolfgang (Hg.); Dörfler, Sonja; Greiner, Ben; Kittel, Bernhard; Sausgruber, Rupert; Schwaninger, Manuel; Spitzer, Florian (2020):** Verhaltensökonomie und Vereinbarkeit von Familie und Erwerb. Mögliche Anwendungen mit Fokus auf Väterbeteiligung und die Gewährleistung von Vereinbarkeit auf Unternehmensseite. ÖIF-Forschungsbericht 33, Wien.
- Murphy, James G.; Dennhardt, Ashley A. (2016):** The behavioral economics of young adult substance abuse. In: *Preventive Medicine*, Jg. 92, S. 24–30.
- Nelson, Charles A.; Zeanah, Charles H.; Fox, Nathan A.; Marshall, Peter J.; Smyke, Anna T.; Guthrie, Donald (2007):** Cognitive recovery in socially deprived young children: The Bucharest Early Intervention Project. In: *Science*, Jg. 318, H. 5858, S. 1937–1940.
- O'Donoghue, Ted; Rabin, Matthew (1999):** Doing it now or later. In: *American Economic Review*, Jg. 89, H. 1, S. 103–124.
- OECD (2015):** Indicators of Immigrant Integration 2015: Settling In. Paris: OECD Publishing. [www.oecd.org/publications/indicators-of-immigrant-integration-2015-settling-in-9789264234024-en.htm](http://www.oecd.org/publications/indicators-of-immigrant-integration-2015-settling-in-9789264234024-en.htm) (zugegriffen am: 20.12.2019)
- OECD (2018):** Education at a Glance 2018: OECD Indicators. Paris: OECD Publishing.

- Park, Crystal (2004):** Positive and negative consequences of alcohol consumption in college students. In: *Addict. Behav.* Jg. 29, S. 311–321.
- Pock, Markus; Czypionka, Thomas; Müllbacher, Sandra; Schnabl, Alexander (2008):** Volkswirtschaftliche Analyse des Rauchens. Eine ökonomische Analyse für Österreich, Wien: Institut für Höhere Studien.
- Raver, Cybele C.; Blair, Clancy; Willoughby, Michael (2013):** Poverty as a predictor of 4-year-olds' executive function: New perspectives on models of differential susceptibility. In: *Developmental psychology*, Jg. 49, H. 2, S. 292–304.
- Rege, Mari; Solli, Ingeborg (2013):** The Impact of paternity Leave on Long-term Father Involvement. CESifo Ifo-Institut, München, Working Paper, 3130.
- Rosenbaum, Gail M.; Venkatraman, Vinod; Steinberg, Laurence; Chein, Jason M. (2018):** The influences of described and experienced information on adolescent risky decision making. In: *Developmental Review*, Jg. 47, S. 23–43.
- Rump, Jutta; Wilms, Gaby; Eilers, Silke (2014):** Lebensphasenorientierte Personalpolitik. Strategien, Konzepte und Praxisbeispiele zur Fachkräftesicherung. Berlin, Heidelberg: Springer Gabler.
- Sacks, Jeffrey J.; Gonzales, Katherine R.; Bouchery, Ellen E.; Tomedi, Laura E.; Brewer, Robert D. (2015):** 2010 national and state costs of excessive alcohol consumption. In: *American journal of preventive medicine*, Jg. 49, H. 5, S. e73–e79.
- Samuelson, William; Zeckhauser, Richard (1988):** Status quo bias in decision making. In: *Journal of Risk and Uncertainty*, Jg. 1, H. 1, S. 7–59.
- Schiffbänker, Helene; Holzinger, Florian (2014):** Väterkarenz und Karriere. Studie im Auftrag für das Sparkling Science Forschungsprogramm des Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft. POLICIES Working Paper, 75/2014.
- Schnellenbach, Jan (2016):** Respektiert eine Politik des weichen Paternalismus die Autonomie individueller Konsumenten? Studie im Auftrag von Prometheus – Das Freiheitsinstitut GmbH, Berlin.
- Scitovsky, Tibor (1976):** The joyless economy: An inquiry into human satisfaction and consumer dissatisfaction. Oxford: Oxford University Press.
- Silva, Antonio; Sanders, Michael; Chonaire, Aisling N. (2016):** Does the heart rule the head? Economic und emotional incentives for university attendance, London: Behavioural Insights Team.
- Spear, Linda P. (2013):** Adolescent neurodevelopment. *J. Adolesc. Health*, Jg. 52, H. 2, S. 7–13.
- Spital, Aaron (1995):** Mandated choice. A plan to increase public commitment to organ donation. In: *The Journal of the American Medical Association*, Jg. 273, H. 6, S. 504–506.
- Spitzer, Florian (2020):** Verhaltensökonomie in der Familien- und Pensionspolitik – Das automatische Pensionssplitting. [insight-austria.ihs.ac.at/familie-und-beruf/automatisches-pensionssplitting/](http://insight-austria.ihs.ac.at/familie-und-beruf/automatisches-pensionssplitting/) (zugegriffen am: 20.12.2019)
- Spranca, Mark; Minsk, Elisa; Baron, Jonathan (1991):** Omission and commission in judgment and choice. In: *Journal of experimental social psychology*, Jg. 27, H. 1, S. 76–105.
- Stein, Jeffrey S.; Daniel, Tinue O.; Epstein, Leonard H.; Bickel, Warren K. (2015):** Episodic future thinking reduces delay discounting in cigarette smokers. In: *Drug Alcohol Depend.*, Jg. 156, S. e212.
- Sumption, Madeleine; Flamm, Sarah (2012):** The economic value of citizenship for immigrants in the United States. Washington, DC: Migration Policy Institute.
- Sunstein, Cass R. (2014):** Nudging: A Very Short Guide. In: *Journal of Consumer Policy*, Jg. 37, H. 4, S. 583–588.
- Suskind, Dana L.; Leffel, Kristin R.; Graf, Eileen; Hernandez, Marc W.; Gunderson, Elizabeth A.; Sapolich, Shannon G.; Suskind, Elizabeth; Leininger, Lindsey; Goldin-Meadow, Susan; Levine, Susan C. (2016):** A parent-directed language intervention for children of low socioeconomic status: a randomized controlled pilot study. In: *Journal of child language*, Jg. 43, H. 2, S. 366–406.
- Sutter, Matthias; Kocher, Martin G.; Glätzle-Rüetzler, Daniela; Trautmann, Stefan (2013):** Impatience and uncertainty. Experimental decisions predict adolescents' field behavior. In: *American Economic Review*, Jg. 103, H. 1.

- Tomova, L.; Pessoa, L. (2018):** Information about peer choices shapes human risky decision-making. In: Scientific reports, Jg. 8, H. 1, S. 5129.
- Tversky, Amos; Kahneman, Daniel (1974):** Judgment under uncertainty: Heuristics and biases. In: Science, Jg. 185, H. 4157, S. 1124–1131.
- Unterhofer, Ulrike; Wrohlich, Katharina (2017):** Fathers, parental leave and gender norms. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin. Discussion Paper No. 1657.
- Van Den Bos, Wouter; Hertwig, Ralph (2017):** Adolescents display distinctive tolerance to ambiguity and to uncertainty during risky decision making. In: Scientific reports, Jg. 7, S. 40962.
- Van Duijvenvoorde, Anna C.; Peters, Sabine; Braams, Barbara R.; Crone, Eveline A. (2016):** What motivates adolescents? Neural responses to rewards and their influence on adolescents' risk taking, learning, and cognitive control. In: Neuroscience & Biobehavioral Reviews, Jg. 70, S. 135–147.
- Villena-Roldán, Benjamín; Ríos-Aguilar, Cecilia (2012):** Causal effects of maternal time-investment on children's cognitive outcomes. Center for Applied Economics, Working Paper, 285.
- Wadsworth, Martha E.; Ahlqvist, Jarl A. (2015):** Inequality begins outside the home: Putting parental educational investments into context. In: Amato, Paul R.; Booth, Alan; McHale, Susan M.; Van Hook, Jennifer (Hg.): Families in an era of increasing inequality. New York: Springer, S. 95–103.
- Wernhart, Georg; Dörfler, Sonja; Halbauer, Stefan; Mazal, Wolfgang; Neuwirth, Norbert (2018):** Familienzeit – Wie die Erwerbsarbeit den Takt vorgibt: Perspektiven zu einer Neugestaltung der Arbeitszeit. Österreichisches Institut für Familienforschung. Forschungsbericht Nr. 25.
- Wulff, Dirk U.; Mergenthaler-Canseco, Max; Hertwig, Ralph (2018):** A meta-analytic review of two modes of learning and the description-experience gap. In Psychological bulletin, Jg. 144, H. 2, S. 140.
- York, Benjamin N.; Loeb, Susanna; Doss, Christopher (2019):** One Step at a Time. The effects of an early literacy text-messaging program for parents of preschoolers. In: Journal of Human Resources, Jg. 54, H. 3, S. 537–566.
- Zhou, Leijing; Yu, Jie; Liao, Chun'an; Shi, Yan (2017):** Learning as adventure: An App designed with gamification elements to facilitate language learning. In: Nah, FH.; Tan, CH (Hg.): HCI in Business, Government, and Organizations. Interacting with Information Systems, Cham: Springer, 10293, S. 266–275.